

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 5. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Proviandmeister, Kriegsrath Diez zu Magdeburg, den Nothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Hauptmann von Hellsfeld à la suite der Magdeburgischen Artillerie-Brigade Nr. 4 und Lehrer an der Kriegsschule zu Erfurt, dem Kasernenkontrollen von Bornstedt bei der Ritterschule zu Regensburg und dem Schullehrer und Kurirer-Inspektor Briem zu Stettin, den Nothen Adlerorden vierter Klasse, dem Proviandmeister, Kriegsrath Stas zu Köln den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Hauptmann a. D. Koerte zu Berlin, bisher im 8. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 57, den königlichen Kronenorden vierter Klasse, so wie dem Schreinermeister Wilhelm Kellinghaus zu Bochum und dem früheren Gefreiten im 1. Westpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 6, jetzigen Eisenbahnarbeiter Franke zu Warendorf im Kreise Lauenburg, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Stadtrichter Simon hier selbst zum Stadtgerichtsrath zu ernennen; ferner dem Hauptfeueramts-Präsidenten Lampe in Minden, imgleichen den Hauptpostamts-Präsidenten Büttner in Danzig, Marquardt in Memel und Kogel in Malmö den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 4. Januar, Abends. Die Abendausgabe der „Oesterreichischen Konstitutionellen Zeitung“ enthält ein Telegramm aus Brüssel vom heutigen Tage, daß nach Londoner Berichten ein Theil der englischen Flotte den Befehl erhalten haben solle, zum Schutze Dänemarks nach der Ostsee abzugehen.

Dresden, Montag 4. Januar, Nachmittags. Nach dem heutigen „Dresdner Journal“ hatte die sächsische Brigade in Holstein am Neujahrstage in Rendsburg Rasttag. Am 2. d. sind zwei Bataillone Infanterie, zwei Bataillone Kavallerie und eine reitende Batterie nach Hademarschen in der Richtung auf Friedrichstadt abmarschirt.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 4. Januar. Trotz der englisch-französischen Vermittelungsversuche in der dänischen Sache wird unsererseits doch die Truppenaufrüstung mit einiger Energie betrieben. In militärischen Kreisen wurde seit dem 2. d. M. der Mobilmachungs-befehl für das ganze siebente Armeekorps erwartet. Dieser Befehl ist jedoch bis jetzt nicht ergangen, vielmehr nur die Mobilmachung des westfälischen Pionierbataillons angeordnet worden. Für das mobile Armeekorps war bisher das brandenburgische Pionierbataillon allein mobil. Die mobile 13. Division wird bis zum 16. d. M. bei Harburg verammelt sein. — Der Prinz Friedrich Karl rückt in den nächsten Tagen nach Holstein ab. Er hat für sich und seinen Stab Rapotten machen lassen, nach Art der russischen.

Wie aus Minden geschrieben wird, ist auch für die 14. Division die Ordre ergangen, Vortrübungen zur Marschbereitschaft zu treffen. — Das Einberufen von Reservemannschaften greift jetzt schon, schreibt die „Korresp. St.“, auf die schlesischen Regimenter über; „so sprachen wir gestern Leute, die zum 50. Regiment (Reife) gehörig und erst Mitte November in die Heimath entlassen, gestern den Befehl zum Wiedereintritt erhalten haben.“

Nach der allgemeinen Auffassung in den Kreisen der Abgeordneten wird der Schluß der Session nach Erledigung der Anleihefrage, des Budgets für 1864 und der beiden Novellen zum Militärgefeß und zum Art. 99 der Verfassung erfolgen. Die schleswig-holsteinische Sache kann möglichen Falls zu einer entscheidenden Divergenz Anlaß geben; doch hofft man in Abgeordnetentreisen nicht mehr auf eine günstige Wendung der preussischen Politik in dieser Sache; ja, es gingen heute sogar Nachrichten um, wonach zu befürchten stünde, daß Preußen im Verein mit Oesterreich gegen die nationale Bewegung entschiedene Front machten, und zwar so, daß es mit den andern Großmächten gegen die Politik des Bundes, d. h. der Majorität der deutschen Staaten in Widerspruch träte. Was an diesen Gerüchten wahr ist, muß sich bei der fortschreitenden Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage bald zeigen; es scheint sogar, als ob die betreffende Entscheidung noch vor Erledigung der Anleihefrage zu erwarten sei. Die letztere Frage wird vor nächster Woche wohl nicht im Plenum zur Berathung kommen.

Die Futizkommission des Hauses der Abgeordneten wird, wie es heißt, die Frage wegen Freilassung der beiden polnischen Abgg. v. Niegowski und Szuman morgen in nicht geheimer Sitzung entscheiden; man schließt daraus, daß besondere neue Mittheilungen der Regierung über den Stand der Sache nicht erfolgt sind.

Aus Malta, vom 27. Dezember, wird der „Times“ berichtet, daß der preussische Kriegsdampfer „Aler“, Kapitän G. Klatt, am 23. nach vier tägiger Fahrt von Konstantinopel dort eingetroffen sei und nebst den kürzlich aus Griechenland angekommenen preussischen Kanonenbooten „Basilist“ und „Blitz“ im großen Hafen vor Anker liege. Alle drei Schiffe hätten den Befehl erhalten, nach Preußen zurückzukehren.

Ueber den Inhalt der hier überreichten englischen Depesche vom 28. v. Mts. erfährt man Folgendes: Die Gesamtmonarchie Dänemarks sei zur Zeit der Verhandlungen eine absolut regierte Monarchie gewesen. Nachdem dasselbe durch die Gesamtverfassung sich in einen konstitutionell regierten Staat umgewandelt habe, könne es seine damals übernommenen Verpflichtungen nicht ohne Mittheilung des Volkes und nur unter dessen Zustimmung erfüllen. Da diese Zustimmung nicht zu erlangen sei, so befinde sich Dänemark außer Stande, jene Zusagen zu erfüllen. Die von Deutschland an Dänemark gestellten Forderungen und die Verpflichtungen des letzteren bezeichnet die Depesche als ein Labyrinth, hebt übrigens zwei Punkte hervor, an denen das Londoner

Kabinet, als an einem nothwendigen Principe festhalten müsse. Einmal sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts der dänische Gesamtstaat intakt zu erhalten, und sodann müßten Verabredungen wegen der deutschen Nationalität in dem Herzogthum Schleswig getroffen werden.

Die offizielle „Karlsruher Zeitung“ spricht sich auf das Entschiedenste für Zurückweisung des englischen Konferenzvorschlages aus. Wir entnehmen dem betreffenden Artikel Folgendes:

„England macht dem deutschen Bunde den Vorschlag, die schleswig-holsteinische Sache vor eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Protokolls zu bringen. Es räumt dem deutschen Bunde ein, auch einen Vertreter in diese Konferenz zu schicken; bemerkt dazu, daß Christian IX. gemäß dem Londoner Protokoll von England, Frankreich, Rußland und Schweden anerkannt worden sei und daß ein Beschluß des Bundes gegen das Londoner Protokoll ernste Folgen haben würde, und bezeichnet in einer, der internationalen Höflichkeit nicht entsprechenden Weise einen derartigen Schritt des Bundes als übereilt. . . . Die Bemerkung, daß der Bundesbeschluß gegen das Londoner Protokoll ernste Folgen haben würde, weiß in Deutschland Jedermann. Er soll sie haben — die ernste Folge der durch Recht gebotenen Wiedervereinigung eines deutschen Landes, nach dem ein fremder Feind raubgierig die Hand ausstreckte, mit dem Mutterlande. Jene Bemerkung ist entweder eine Platitude, die man im gewöhnlichen Verlebre sich verbittet, oder eine Drohung, welche die Würde Deutschlands fordert gebührend heimzuzweisen. . . . Tritt der Bundestag für Recht und Ehre der Nation ein, so wird ihm das volle Gewicht der nationalen Kraft und Erhebung zur Seite stehen. Das Ausland würde sich verrechnen, wenn es auf innere Spaltung zählt; Regierungen und Volk haben erkannt, daß es gilt, über diese äußere Gefahr heimliche Fragen zu vertragen, und daß mit der Schande des erfolglosen Aufgebens heiliger Rechte die Sicherheit aller Zustände wanken würde. . . . Der Bundestag wird zunächst seine eigene Würde anerkennen zu halten wissen und die Veleidigung abweisen, welche darin liegt, daß man ihm „überreichte Schritte“ zumuthet! Er wird dabei Gelegenheit haben, zu konstatiren, daß ihn das Londoner Protokoll gar nichts angeht und ihm das Einschlagen eines andern Weges nicht bloß freisteht, sondern geboten ist. Er wird dem Ausland gegenüber die Unrechtmäßigkeit und Unverbindlichkeit von derartigen Willkürakten bekräftigen und die freche Ueberhebung Dänemarks nachweisen können, selbst nicht einmal die Bedingungen und Pflichten aus diesem Akt erfüllt zu haben. Warum — wenn Großbritannien so hohen Werth auf die Ausführung der verführten Erbregehung legt — ist keine britische Flotte vor Kopenhagen erschienen, um Friedrich VII. zu zwingen, die holsteinischen und schleswigischen Stände dieserhalb zu versammeln und mit den Agnaten zu verhandeln? . . . Die Konferenz ist ausdrücklich als eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Vertrags bezeichnet, also als ein Aneignung Derer, welche sich zu dessen Aufrechterhaltung verpflichtet glauben, welche mit dem Vorsatz kommen, Deutschlands Ansprüche abzuweisen, welche in dieser Frage Deutschlands Feinde sind. Mit erklärten Feinden tagt man nicht bis nach geschlagener Schlacht. . . . Was England beweist, den von Frankreich angeregten Kongreß anzuschlagen, und dafür eine Parteikonferenz — nicht einmal eine allgemeine Konferenz ad hoc — aufs Tapet zu bringen, bleibe dahingestellt. . . . Nur das mögen wir mit Bestimmtheit sagen, daß der Bund sich durch Nichts in der Vertreibung und in seiner kompetenzmäßigen Entscheidung der holsteinischen Sache aufhalten und beirren lassen darf. Die Legitimationsfrage, die Annahme eines Gesandtenmandats für und die Anerkennung eines Herzogs in Holstein gehört ihm zu. Bis zu diesem Schritte ist die Angelegenheit eine rein innere, und der Bund würde seinem Recht und seiner Pflicht vergeblich, wollte er sich dieselbe entziehen lassen und vor gefällter Entscheidung irgend einem andern Forum einen Einfluß darauf zugeben. Die internationale Natur der schleswigischen Frage und das Interesse Europas daran ist nicht zu leugnen und Deutschland wird sich den Konsequenzen hiervon nicht entziehen können. Aber die von Lord Russell vorgezeichnete Weise kann sich der Bund auch hierfür nicht gefallen lassen; er kann keine Versammlung anerkennen, noch beschließen, welche sich auf die Basis des Londoner Protokolls stellt und den Kern der Streitfrage vorweg entscheiden will. Die Zumuthung, an einer solchen Konferenz sich zu beteiligen, ist lächerlich, wenn nicht beleidigend, und der Bundestag wird sich nicht zur Dupe dieses diplomatischen Schachzuges hergeben. Ablehnung des englischen Vorschlages ist deshalb gebotene Nothwendigkeit.“

Aus Neidenburg vom 31. Dez. erhält die „Volksztg.“ folgende aufeinander etwas tendenziöse Mittheilung: [Russen in Preußen.] Am 24. Dezbr. zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags kamen 13 berittene Infurgenten fliehend auf den Hof des an der polnisch-russischen Grenze belegenen Guts Schoenau. Auf der Mühlenbrücke hielten dieselben einen Augenblick an, warfen ihre Waffen unter dem Anrufe: „Wir legen unsere Waffen auf preussischem Gebiet nieder und übergeben sie den preussischen Behörden!“ auf einen Haufen zusammen und setzten demnächst ihre Flucht auf der Straße nach Neidenburg zu waffenlos fort. Der Mühlenverkäufer Dsaskowski nahm in Abwesenheit des Besitzers sämtliche Waffen sofort nach der in der Mühle befindlichen Metzammer und schloß diese zu. Als er eben im Begriff war, die Mühle zu verschließen, stürmte ein Pilek Kosaken von 15 Mann unter Anführung eines Sotnik auf den Hof, traktirte den Knecht Jakob Klawowski mit Säbelhieben und zwang ihn durch diese ruffisch-bundesfreundliche Liebeslösung zur Angabe des Orts, wo die Waffen niedergelegt waren. Nunmehr ritten die Kosaken auf Dsaskowski, welcher eben die Mühle verlassen wollte, zu, forberten ihn unter Stößen mit den Säbelgefaßen ins Genick auf, die verschlossene Mühle zu öffnen und ihnen die Waffen herauszugeben. Er verweigerte dies und erklärte den Russen, daß er die Waffen nicht herausgeben könne, weil dieselben jetzt seinem, dem preussischen Könige gehörten. Die Kosaken mit ihrem Sotnik an der Spitze respektirten diese Erklärung nicht, nöthigten vielmehr die auf dem Hofe stehenden Gutsleute durch Säbelhiebe, ihnen die Pferde zu halten, nahmen den Dsaskowski fest, erbrachen gewaltsam die Mühlen Thür, drangen in die Mühle hinein, rissen das Schloß von der Metzammer ab, erbrachen einen dortselbst befindlichen verschlossenen Kasten mit verschiedenen Gegenständen und holten sämtliche Waffen aus der Mühle, nahmen einen flüchtigen Polen, welcher wegen Erlahmens seines Pferdes in Schoenau hatte zurückbleiben müssen und sich im Wagenschauer versteckt hatte, fest und führten denselben mit den geraubten Waffen davon.

Unter den Kosaken befanden sich solche Personen, welche früher bei Schoenau, bezüglich in dessen Nähe längere Zeit als Grenzsoldaten gestanden hatten und in Folge dessen die Grenze genau kannten. Der Himmel war an diesem Tage wolkenfrei, der Tag hell. Die Grenzpfähle waren zur Zeit des Uebertritts der Russen auf preussisches Gebiet deutlich erkennbar.

Außer den genannten Personen waren Zeugen der That: der Hofmann Adam Posni, der Schäferknecht Matthias und der Zerstörer Martin Lassek, sämmtlich in Schoenau. Am 27. Dezember hat der k.

Geheime Regierungsrath und Kreislandrath von Laverne-Pegulihen in Neidenburg den Thatbestand im Beisein des Brigadier, Oberst v. Mohr, hieselbst an Ort und Stelle festgestellt. Während jener über die That befragt war, erklärte dieser in Gegenwart des Besitzers von Schoenau: „der Vorfall sei unbedeutend, so Etwas könne im Kriege in der Hitze des Gefechts vorkommen, es müßte unbedingt dunkel gewesen sein, dazu trete die Unkenntniß der Grenze und überdies stehe nicht fest, daß die Russen die behaupteten Gewaltthatigkeiten verübt hätten.“

Danzig, 2. Januar. In Folge des Berichts des Landraths v. Young an den Minister des Innern wurde in der Sitzung des Strassburger Kreistages vom 29. Dezember der Antrag gestellt, eine Beschwerde über die Amtsverwaltung des Landraths v. Young an die Regierung zu Marienwerder zu richten. Da der Landrath die freisündliche Berathung nicht zuließ, wurde von 11 Kreistagsmitgliedern an demselben Tage bei der königl. Regierung beantragt, sie wolle einen besondern Kreistag anberaumen, um einen Antrag auf Beschwerde über die Amtsverwaltung des Landraths v. Young zur freisündlichen Berathung ziehen zu können. (Danz. Ztg.)

Danzig, 4. Januar. Die Kriegsbereitschaft der Marine nimmt ihren ungestörten Fortgang. Täglich treffen hier und in Stralsund und Rostock, Seefriedenpflichtige und Mannschaften der Seewehr I. Aufgebots, bis zum 32. Lebensjahre, sowie Reservisten des Seebataillons ein. Von letzteren ist ein großer Theil in den entferntesten Landestheilen heimathgehörig und somit deren Heranziehung sehr zeitraubend. Viele zur Zeit im Auslande befindliche Dienstpflichtige müssen erst durch die Konsulate ermittelt werden. Die Landwehrbehörden sind angewiesen, die Schiffsfahrtskündigen, welche für andere Truppentheile designirt sein sollten, der Marine zu überweisen und die Stellungsordres von Schiffsführern, Steuerleuten und Maschinisten auf hier auszufertigen, damit deren Unterweisung bei der Handhabung von Schiffsgechützen und Maschinen, Behufs Heranbildung Befähigter für vacante Chargen statifin kann, wie dies auch bereits auf dem Wachtschiff „Barbarossa“ geschieht. Hiesige Kaufleute und Gewerbetreibende haben bereits Aufträge, die Vorräthe für das in Swinemünde zu etablirende Reservemagazin zu liefern, so wie auch für die Krankenpflege das ärztliche Personal designirt ist. (D. Z.)

Glogau, 3. Januar. [Gegen den National-Verein.] Der hiesige „Anzeiger“ meldet: „Die königl. Regierung in Regensburg hat die Befähigungsurkunde für den zum Stadtrath gewählten Herrn Bail zurückgefordert und dem Herrn Stadtrath Heilmeyer aufgegeben, aus dem Nationalverein auszuscheiden, widrigenfalls er zur Disciplinar-Untersuchung gezogen würde.“ (Bresl. Ztg.)

Frankfurt a. M., 2. Januar. [Erzesse.] In der Neujahrnacht wurden dem preussischen Bundestagsgesandten die Fenster eingeworfen und eine Ragenmuffel gebracht, während dieselbe Volksmenge den in gleicher Straße wohnenden badischen Gesandten mit Hocht und dem Riede „Schleswig-Holstein“ bedachte. Der Senat hat beschloffen, dem preussischen Gesandten sein Bedauern über jene Erzesse auszudrücken.

Hessen. Darmstadt, 1. Januar. Der Großherzog wurde heute im Theater von dem Publikum mit großem Jubel begrüßt. Es galt dies seinem kräftigen Auftreten in der schleswig-holsteinischen Sache.

Sächf. Herzogth. Eisenach, 31. Dezember. Nach einer vom Staatsministerium in Weimar hierher gelangten Mittheilung werden in der nächsten Woche 30,000 Mann östr. Militärs, von Rinz kommend, auf der Werra-Eisenbahn hier ankommen und dann weiter von hier auf der Thüringischen Eisenbahn und der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn nach Harburg befördert werden.

Roburg, 2. Januar. Aus Gotha erfahren wir, daß mit dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein auch die beiden Minister Franke und Samwer Gotha verlassen haben. In besondern Auftrage unsers Herzogs begab sich gestern auch Kabinettsrath Dr. Tempelke nach Holstein. (Rob. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Kiel schreibt man der „Zeit“: „Der Herzog ist weder als Vergnügungsreisender noch überhaupt als Privatmann hier. Er ist zu uns gekommen als das, was er wirklich ist, als unser rechtmäßiger Landesherz, freilich nicht mit der Intention, die Regierung direkt und sofort thatkräftig anzutreten, wohl aber, um sich sofort als eine Autorität im Lande zu installieren, um, wie es in der einen in Kiel gehaltenen Rede heißt, die Vermittelung zwischen seinem Volke und den Kommissaren zu übernehmen. Es wird vorzugsweise von der Haltung der Bevölkerung abhängen, wie rasch sich aus dieser „vermittelnden“ Stellung eine wirkliche Regierungsgewalt wird entwickeln können. Je mehr im Lande die Ueberzeugung sich verbreitet und Leben gewinnt, daß die höchste Stellung dem Herzog und nicht den Kommissaren gebühre, desto rascher und sicherer werden wir ans Ziel unserer Wünsche gelangen. Damit dies aber geschehen könne, ist es vor Allem nothwendig, daß sämtliche Behörden und Gemeindevertretungen den Herzog Friedrich als ihren Souverain anerkennen.“

Rendsburg, 1. Januar. Ein Theil der sächsischen Brigade ist nach Hademarschen dirigirt und auf dem Marsche gegen den vor Friedrichstadt gelegenen Brückenkopf. Der andere Theil bleibt vorläufig in Rendsburg und der Umgegend. Die Truppen haben heute Rasttag. Im Uebrigen ist die Stellung der Truppen dieselbe wie gestern. (H. B. H.)

Altona, 2. Januar. Der hiesige „Merkur“ veröffentlicht eine Verordnung der Bundeskommissare, betreffend die Herausgabe eines „Gefez“ und Verordnungsblattes für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg an Stelle des durch Verordnung vom 30. August 1852 für das Herzogthum Holstein gegründeten, durch die Bekanntmachung vom 23. März 1854 auf das Herzogthum Lauenburg ausgedehnten, in Kopenhagen herausgegebenen „Gefez“ und Ministerialblattes für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Bremen, 1. Januar. Oberst-Lieutenant Kurowski, der

Kommandeur des kürzlich hier durchmarschirten preussischen Truppen-Detachements, welches zur Besetzung des Jadegebiets bestimmt ist, hat an den Senat ein Schreiben gerichtet, in welchem er für die freundliche Aufnahme in Bremen und für die Zuverlässigkeit, mit der hier für das Wohlbefinden aller Theile gesorgt worden sei, seinen Dank ausspricht. (Wef. Ztg.)

Flensburg, 31. Dezember. In den letzten Tagen hat sich der Winter mit Schnee und Frost eingestellt, doch bleibt die Kommunikation zur See noch offen. Es sind daher täglich mehrere Dampfschiffe angekommen, die 2 oder 3 Segelschiffe im Schlepptau führten. Sie brachten theils Truppen, theils Kriegsbedürfnisse und legten zum großen Theil bei der englischen Dampfschiffbrücke an, wo die Sachen sogleich gelöscht und auf die Waggonen der Eisenbahn verladen wurden. In den letzten Tagen wurde besonders viel Zimmerwerk zu den hölzernen Baracken nach Schleswig transportirt, worin circa 4000 Mann der wachhabenden Mannschaft untergebracht werden können. Gestern lagen die Dampfschiffe „Waldemar“, „Zephyr“ und „Ossian“ hier im Hafen, welche 6 oder 7 Segelschiffe mit Kanonen, Munition und Lagerbedürfnissen mitgebracht hatten. Auch das Dampfschiff „Aurora“, welches bei Alsen auf den Grund gerathen, aber mit Hilfe eines anderen Dampfers wieder flott geworden war, lag an der Schiffsbrücke, um die Gräfin Danner und ihre Effekten nach Seeland überzuführen. (Zl. Z.)

Hamburg, Montag 4. Januar, Nachmittags. Dem Vernehmen nach geht Senator Dr. Rüder nach Frankfurt a. M., um für das laufende Jahr die Stimmführung der 17. Kurie beim Bundestage zu übernehmen.

An der Börse war das Gerücht verbreitet, daß 400 schleswigsche Soldaten von Dannenwerk desertirt und über die zugefrorene Eider nach Rendsburg entkommen seien.

Korrespondenzen aus Rendsburg vom gestrigen Tage melden Nichts von Bedeutung.

Hamburg, Montag 4. Januar, Abends. Die heutige „Hamburger Zeitung“ enthält die Meldungen: Wie es heißt, sind die Durchmärsche der Truppen für's Erste sistirt worden, weil bei dem gegenwärtigen Frostwetter der Transport über beide Elbarme unthunlich sei.

Die Dänen haben die zum Kronwerke von Rendsburg führende Schleißenbrücke verpallisadirt.

Hamburg, 4. Januar. König Christian hat an die Armee eine Proklamation unterm 2. d. M. erlassen, in welcher es heißt: Das neue Jahr findet zur Vertheidigung des Vaterlandes die Armee unter den Waffen. Unser Lösungswort ist: Die Ehre des Vaterlandes soll im Wege des Friedens, und, wenn erforderlich, durch Kampf bewahrt werden. Für die Rettung des Vaterlandes ist kein Leben zu kostbar. — Nach Berichten aus Kopenhagen glaubt man dort allgemein an das demnächstige Eintreffen einer französisch-britischen Flotte. (??)

Großbritannien und Irland.

London, 2. Januar. Die „Times“ bringt heute einen Leitartikel, in welchem sie sagt, bei Beginn des neuen Jahres drohen von allen Seiten Kriegsgefahren, und die Neujahrsrede des Kaisers der Franzosen sei der einzige Hoffnungsstrahl inmitten des Nationalitäten-Schwindels und der verkehrten politischen Theorien. Die „Morning Post“ sagt, England habe ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie, und in dem Falle, wo eine Zerstückelung Dänemarks versucht werden sollte, würde England nicht die einzige Macht sein, die sich einer solchen widersetzen werde. „Daily News“ schreiben: „Der Kaiser der Franzosen ist nur in so fern der Schiedsrichter über Krieg und Frieden in Europa, als er aus einem lokalen Kriege einen allgemeinen machen kann; aber Napoleon III. ist nicht verantwortlich für die Kriege, welche der Ehrgeiz Norddeutschlands oder die Ungebuld Italiens hervorrufen könnte.“ Die gestrige Rede des Kaisers Napoleon III. macht auf „Daily News“ keinen beruhigenden Eindruck.

Frankreich.

Paris, 2. Januar. Der Minister des Innern, Herr Boudet, hat den „Courrier de Dimanche“ durch eine im „Moniteur“ veröffentlichte Verfügung vom Sylvestertage auf zwei Monate suspendirt wegen eines in der letzten Nummer vom 27. Dezember enthaltenen Artikels von Prevost Paradol, der „durch Urtheile beleidigender Ironie die Ursachen und Folgen der vom gesetzgebenden Körper bewilligten Anleihe falsch dargestellt, Haß und Verachtung gegen die Regierung zu erregen gesucht und deren Politik geschnitten hat.“ Der „Courrier“ hat seine erste Verwarnung am 9. Oktober 1862 und die zweite am 8. Januar 1863 bekommen. — Die „Patrie“ hatte jüngst die Vermuthung ausgesprochen, die Warschauer Verichtigungs-Telegramme würden hier in Paris, in der russischen Gesandtschaft gemacht. Dagegen hat der russi-

sche Gesandte reklamirt und die „Patrie“ ist nun amtlich bedeutet worden, die Telegramme kämen direkt von Warschau. — Nach den hiesigen Blättern wird das zweite große Militärkommando, das, seitdem Marschall Canrobert an Castelfranco's Stelle nach Lyon gegangen, unbefestigt geblieben ist, dem aus Mexiko zurückgekehrten Marschall Forey übertragen. Das Hauptquartier dieses Oberkommandos ist Lille.

— Marschall Forey soll sich in den nächsten Tagen mit Genehmigung des Kaisers Napoleon über Wien zum Erzherzog Ferdinand Max nach Miramare begeben.

— Von Reunion, 5. Dezember, erhielt die „France“ eine Depesche, der zufolge an das Wiederaufleben des Königs Radama nicht mehr zu denken sei, da die auf das Gerücht expresse nach Madagaskar gegangenen Agenten durchs nicht hätten erkunden können.

— Aus Mexiko, 27. November, veröffentlicht der „Moniteur“ einen Brief, welcher berichtet, daß Villault's Tod drüben mit tiefer Trauer, andererseits der Entschluß des Erzherzogs Maximilian, die Kaiserfrone anzunehmen, mit Jubel und Begeisterung aufgenommen worden ist. Wir entnehmen demselben Briefe noch folgende Notizen: Suarez hatte seine Familie bereits von San Luis weggeschickt, er selbst gedachte nach Durango zu gehen. Die Mörder Comonfort's sind die Gebrüder Troncoso. Im Portefeuille des auf dem Wagen hinterwärts erschossenen Generals hat man 30,000 Piaster in Wechseln auf Guanajuato und Queretaro und unter wichtigen Papieren auch einen Feldzugsplan gefunden. General Uraga hatte den vorrückenden Franzosen eine ordentliche Schlacht liefern wollen, sich aber auf Beschluß des Juaristischen Kriegsrathes nordwärts zurückziehen müssen. Bevor er von Queretaro abgezogen, hatte er sämtliche Pferde und Maulthiere mitgenommen und das in mehreren anderen Städten ebenso gemacht. Guadalupe wurde vom „Kaiserlichen“ General Don Manuel Luján belagert, wobei ihm die Indianerhuptlinge Alca und Nahayit kräftige Hilfe leisteten. Der Gouverneur der Staaten Coahuila und Nuevo Leon hatte Suarez den Gehorsam aufgekündigt und sich bereit erklärt, die Kaiserliche Regierung anzuerkennen. Die Organisation einer regulären mexikanischen Armee unter dem Befehle Miramon's wurde kräftig gefördert.

Italien.

— Der „Monde“ enthält in einer Korrespondenz aus Rom vom 26. Dezember eine ausführliche Schilderung eines Konfliktes, der am ersten Weihnachtstage zu Castel Gandolfo zwischen päpstlichen Dragonern und einer Abtheilung französischer Soldaten und Gensd'armen sich zugetragen hat. Es liegt nämlich in Castel Gandolfo eine Schwadron päpstlicher Dragoner, deren vier Offiziere Franzosen sind. Der Rittmeister, Herr v. Saintenac, hat früher in dem kaiserlichen Guiden-Regiment gedient, ein anderer, Herr v. d'Aiguesvives, ist ein Bruder des jetzigen französischen Gesandten in Turin, Herrn v. Malaret, ein dritter, Herr Cahé, diente noch 1860 in den französischen Garde-Kürassieren. Der Monde-Korrespondent schildert dies voraus, um darzuthun, daß solche Elemente wohl von französischer Seite Berücksichtigung und kameradschaftliche Behandlung verdient hätten. Der Vorfall trug sich nach dem „Monde“ folgender Maßen zu: „Etwa 15 römische Dragoner waren am Weihnachtseste von Gandolfo nach Albano (etwa drei Kilometer entfernt), wo eine französische Garnison liegt, gegangen. In einem Wirthshaus geriethen sie mit Bürgerleuten in Streit, in Folge dessen einer der letzteren eine leichte Verwundung mit einem Säbel erhielt. Der Bürger soll selber mit der Hand in den Säbel gegriffen haben. Die Leute liefen zum Platz-Kommandanten, dem französischen Hauptmann Boguet, und verlangten Hilfe. Derselbe schickte einige französische Gensd'armen ab, denen sich unterwegs einige päpstliche anschlossen. Die Dragoner wurden von denselben zur Heimkehr veranlaßt, kehrten jedoch wieder um, als sie erfuhren, daß ein französischer Gensd'arm einem der Jhrigen, der etwas zurückgeblieben war, den von ihm bei Seite gestellten Säbel abgenommen hatte. Doch ließen sie sich wiederum unter Geleit einiger päpstlichen Gensd'armen zum Abzug bestimmen; dieses Mal aber folgte ihnen eine französische Patrouille von 15 Mann nach, der sich später Hauptmann Boguet mit etwa 50 Mann anschloß. Ganz in der Nähe von Castel Gandolfo soll nun ein Stein gegen die Franzosen geworfen worden sein; von wem, weiß man nicht. Dies genigte jedoch, daß die Franzosen eine förmliche Salve auf die unglücklichen Dragoner gaben und sie dann mit dem Bayonnette angriffen. Kapitän Boguet selbst kommandirte mit blankem Degen. Es wurden drei Dragoner getödtet und sieben schwer verwundet. Einer der letzteren hatte sieben Bayonnetstiche. Unter den Todten befindet sich auch ein päpstlicher Gensd'arm. Sämmtliche Todte und Verwundete hatten ihre Säbel nicht einmal aus der Scheide gezogen.“

Rußland und Polen.

Warschau, 31. Decbr. [Wirkliche Errungenschaften; die jüdischen Adressen; Neujahrsempfang.] Die drei einzigen in ihrer Wichtigkeit unberechenbaren Errungenschaften der Bevölkerung Polens in den letzten Jahren sind: 1) das verbesserte oder überhaupt das Schulwesen (da das, was hier früher so hieß, nur als Pflanzschule der Ignoranz anzusehen war); 2) die Befreiung der Bauern von der Frohnarbeit, und 3) die Gleichstellung der Juden. In Bezug auf das Schul-

wesen muß es ausdrücklich anerkannt werden, daß die Regierung die eingestrichene gute Bahn nicht verläßt, daß sie bis jetzt das Lehrwesen und die Lehranstalten mit der sorgfältigsten Schonung behandelt, welche ihr Gebeihen und Erfolg versprechen. Bei der endlichen Durchführung der Bauernbefreiung steht der Regierung noch ein großes und schweres Stück Arbeit bevor, und wir wünschen, daß sie in dieser Beziehung nicht nach Mitteln greifen möge, von denen sie sich vielleicht augenblicklichen politischen Erfolge versprechen mag, welche ihr aber in der Zukunft in sozialer Hinsicht theuer zu stehen kommen können. Was die Gleichstellung der Juden betrifft, so fürchte ich, daß durch die Aufforderung an die Juden, besonders eine Adresse zu unterschreiben, das Princip der Gleichheit verletzt ist. Personen, welche in jüdischen Kreisen verkehren, versichern, daß dort die größte Verstimmlung darüber herrscht, und daß die Juden darin den Beweis erblicken, daß sie hier, anders wie im übrigen Europa, nach wie vor als besondere Volksklasse behandelt und dadurch ihre wirkliche Gleichheit gefährdet werde. Mit der Aufnahme der jüdischen Unterschriften unter diese Adressen wird von der Polizei energisch fortgefahren. Polizisten tragen Papierbogen von Haus zu Haus und fordern jeden Einzelnen zur Unterschrift auf. Gegen die Jügernden wenden sie viele Beredungskünste an, um sie dazu zu bewegen, wenn sie auch keine direkten Drohungen aussprechen. — In Betreff der Kriegspolizeiverwaltung ist noch hinzuzufügen, daß die Verordnung ausdrücklich daselbe auf das Gouvernement Augustow nicht ausdehnt. — Morgen am polnischen Neujahr ist beim Statthalter Empfang. Bekanntlich war früher, seit 1831, das polnische Neujahr amtlich gar nicht anerkannt; zum erstenmal seitdem veranstaltete Großfürst Konstantin im vorigen Jahre auch an dem Neujahr neuen Stils einen Empfang, und Graf Berg befolgt das Beispiel seines hohen Vorgängers. (Bresl. Z.)

!! Aus Polen, 3. Januar. Die Zee, auch im Königreich eine Bauernbewaffnung, wie solche in den westlichen Gouvernements geschaffen worden, ins Leben zu rufen, schwebte der Regierung wohl längst vor; allein es schien doch wohl zu bedenklich, die Bauern polnischer Nationalität und unter dem Einflusse der katholischen Geistlichkeit stehend, in eine Lage zu bringen, wo die Versuchung sie nur zu leicht auf Abwege führen könne. Diese Bedenken der Regierung scheinen indeß der Nothwendigkeit, im Lande eine Schutzwehr gegen die vielen kleinen, von Militärkommandos nicht überall und immer erreichbaren Banden zu haben, gewichen zu sein und die Bewaffnung der bessergerathenen Landesbewohner wird immermehr Thatsache. Man beginnt vorläufig mit Armirung deutscher Kolonisten, besonders in den Gegenden, wo das Terrain den Manipulationen jener kleinen Banden eben so günstig ist, wie es den Truppen die Operationen erschwert. — So sind z. B. die Kolonisten in den Gegenden von Grunec, Zagorowo, Kopoyno, Zbirsk und andere Güter des Koniner und Kalischer Bezirks seit etwa 8 Tagen in den Besitz von Waffen gelangt. Daß die Regierung hierbei mit Vorsicht zu Werke gehen muß, scheint dieser einzuleuchten, denn die polnischen Bauern, welche durch ihr materielles Interesse an die Regierung gekettet sind, fühlen sich gleichsam zurückgesetzt und sehen mit Mißtrauen auf die den Deutschen gewährten Vorzüge. Die Geistlichkeit wird diesen Umstand gewiß zu benutzen wissen, und die längst ausgefrente Meinung, daß die Deutschen mit den Russen gegen die polnischen Bauern sich verbinden wollen, nun aufrecht zu erhalten.

Amerika.

Newhork, 19. Dez. [Vom Kriegeschauplatz.] In besorgter Spannung sieht man einer Aufklärung über den wahren Sachverhalt der jüngsten Ereignisse in Ost-Tennessee entgegen. In dem Gefechte am 14ten, welches bei Bean's Station vorfiel, erbeutete Longstreet 22 Proviantwagen; der Bundesgeneral Wilcox ward nach Tagewell zurückgeworfen, woselbst er eine feste Stellung einzunehmen verfuhr. Am 16. wurde von einer Erneuerung des Kampfes bei Blair's Crossroads berichtet, so daß es scheint, als seien die Bundesstruppen zum Rückzuge gegen Knoxville hin genöthigt worden; und aus einer Angabe, daß diese Stadt bereits von den lokalen Einwohnern verlassen werde, zieht man die Folgerung, Longstreet stehe im Begriff, die aufgehobene Belagerung wieder zu erneuern. Die plötzliche Wendung der Dinge erklärt man sich so, daß entweder die nordstaatlichen Truppen, die Stärke Longstreets unterschätzend und die in seine Armee angeblich eingerissene Unordnung überschätzend, sich auf der Verfolgung zu weit zerstreut haben um ihm den Rückzug abzuschneiden, oder daß Longstreet von Lee's Armee Verstärkungen erhalten hat. — Aus Chattanooga (vom 18.) vernimmt man, daß Wheeler mit seiner Kavallerie zu Hardee gestoßen ist und Anstalten trifft, Streifzüge gegen die Communicationslinien der Nordstaatlichen zu unternehmen. Hardee's Armee, auf 35,000 Mann angeschlagen, steht bei Dalton und hat ihre Pickets bis zum Tunnel vorgeschoben.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 4. Januar. [22. Sitzung.] Die Tribünen sind ziemlich gefüllt; die Bänke noch sehr lüdenhaft besetzt. Am Ministertische: mehrere Regierungskommissarien; später die Minister Graf zu Eulenburg und von Bodelschwingh. Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit folgenden Worten:

Die schottischen Hochlande.

Vortrag, gehalten im naturwissenschaftlichen Vereine für das Großherzogthum Posen am 2. Dezember 1863 von Dr. Brenneck.

Im äußersten Nordwesten unseres europäischen Continents befinden sich zwei große Inseln: Großbritannien und Irland, umgeben von zahlreichen kleineren Inseln. Großbritannien besteht wieder aus zwei Theilen, dem südlichen England und dem nördlichen Schottland. Das südliche England ist nun allmählich zur Herrschaft über das nördliche Schottland und über Irland, so wie alle umherliegenden Inseln gelangt und hat sich diese Gebiete einverleibt. Die Einwohner der drei vereinigten Königreiche sind im Laufe der Jahrhunderte schließlich in ihren Rechten und Pflichten gleichgestellt worden und haben theilgenommen an der Erwerbung der Herrschaft zur See und der von ihr bespülten Küsten in allen Welttheilen. Schottland ist nun in Rücksicht auf sein rauhes Klima und die Unfruchtbarkeit seiner Gebirgslandschaften gegen die übrigen Landestheile im Nachtheil, bevorzugt aber durch seine wilden romantischen Naturschönheiten, den großen und kräftigen Körperbau seiner Eingebornen, und besonders durch ihre hervorragenden geistigen Anlagen und ihre außerordentliche Bildungsfähigkeit. Es ist das Geburtsland des Walter Scott, Macaulay und anderer Heroen im geistigen Gebiete; aber auch das Land, woher die tapfersten Krieger herstammen.

In den britischen Kolonien sind es namentlich die Schotten, welche die Herrschaft des Mutterlandes sichern. Fast jeder schottische Knabe ist dazu bestimmt, in die weite Welt zu gehen: es ist das ganz selbstverständ-

lich. Umgekehrt ist Schottland das Land, wo die in den Kolonien reich gewordenen Eltern ihre Kinder erziehen lassen, damit sie durch das rauhe Klima wieder gestählt und dem britischen Selbstvertrauen nicht entfremdet werden, neue Verbindungen im Vaterlande anknüpfen und mit neuen Wurzeln in dasselbe hineinwachsen. Beispielsweise werden in St. Andreas über 1000 Knaben und Mädchen erzogen, deren Eltern in Indien, in Australien oder im britischen Amerika ihre neue Heimath gefunden haben.

Wenden wir jedoch unsere Aufmerksamkeit den Highlands (Hochlanden) zu, die an pittoresken Naturschönheiten mit irgend einem Theile der Welt wetteifern. Jedes Stück Weges ist dort reich an Genüssen, es ist das Land der Berge und der Fluth. Die Gebirgslandschaften, welche man sonst nur im Innern der Kontinente zu sehen gewohnt ist, sind hier stets vom Meere umgeben und von Meeresarmen bespült. Vulkan und Neptun haben ihre Werkstätten hier überall in nächster Nähe aufgeschlagen. Ein Land von einer so mannichfaltigen und interessanten ängeren Gestaltung, von einer so reizenden Abgrenzungsweise mit der See kommt auf Erden nicht zum zweiten Male vor und hätte verdient, unter dem Paralleltreife der glückseligen Inseln zu liegen. Wie herrlich hätten ihm da auch alle die tief eindringenden Meerbusen zur Kühlung und Erfrischung dienen können!

Wir finden dort Beispiele jeder Art erhabener Scenerie: Gebirge, Seen, Klüfte, Wasserfälle, Felsen, wilde steile Seegestade und an den östlichen Abhängen zur Ebene die prächtigsten Waldungen, die grasreichsten Wiesen, die üppigsten Fluren, die zierlichsten Blumengärten. Die schottischen Hochlande kombiniren alle landschaftlichen Elemente unter

jeder Form von Größe und Schönheit. Aller Reiz, welchen wilde Klippen, von Gebirgen umkränzte Seebuchten, isolirte Felsen im Meere und romantische Inseln, offene und wohl angebaute Meerestiefe gewähren, ist in verschwenderischer Fülle auf der westlichen Küste entfaltet. Ebenso sind im Innern des Landes unzählige Seen von jedem möglichen Charakter, mit salzigem oder süßem Wasser, je nachdem sie mit dem Meere in Verbindung stehen oder nicht, ohne Regel durch einander geworren, ausgebreitet. Liebliche Landschaften und schroffe nackte Felswände, die Tausende von Fußten emporsteigen, wechseln ab. Auf tiefe Schluchten und felsige Abenglen folgen reiche offene Thäler mit mannigfachen kräftigen Baumwuchs und der sorgfältigsten Bebauung, die irgendwo in der Welt zu finden ist. Der Wasserfall, welcher mit donnerähnlichem Geräusche am Berge hinabstürzt, gestaltet sich zum lieblichen Bache, der sich zwischen Felsen und Baumgruppen hindurchwindet, sich mit großer Schwierigkeit ein Bett auswählt und endlich in einem breit geöffneten Thale und dann durch eine weit hingestreckte Ebene zwischen mit Wald bewachsenen Ufern und künstlichen Parlanlagen ruhig dahinfließt, um sich schließlich zum meilenbreiten Meerbusen zu erweitern und einen sicheren Hafen zu bilden, an dem sich reiche Handelsstädte aufbauen. Von der Spitze des Ben Lomond aus kann man an dem Flusse Forth alle diese Metamorphosen mit einem einzigen Blicke umfassen. Der wunderbarste Zauber dieser pittoresken Natur liegt aber an den tausendfältigen Lichteffecten, Schattirungen und Nuancen, die man beim Auf- oder Untergange der Sonne oder am hellen Mittage eines heiteren Tages wahrnehmen kann. (Fortsetzung folgt.)

„Meine Herren! Indem ich die erste Sitzung im neuen Jahre eröffne, heiße ich Sie Alle recht herzlich willkommen. Möge das Jahr 1864, in welchem wir das zweite Jubeljahr der Wiedergeburt Preußens aus tiefer Erniedrigung, der glorreichen Auferstehung Deutschlands aus schmachtvoller Zerrissenheit feiern, für unser engeres Vaterland ein Jahr der wiederkehrenden Eintracht zwischen Fürst und Volk, für unser weiteres Vaterland ein Jahr der wiederkehrenden Einigkeit, Macht und Größe Deutschlands, für die Völker ein Jahr des Friedens und des Friedens und für uns ein Jahr der auf Wahrheit und Gerechtigkeit, auf Freiheit und Recht gegründeten verfassungsmäßigen Reformen werden.“

Der in der vorigen Sitzung dem Hause zur Genehmigung vorgelegte Staatsvertrag mit der herzoglich Sachsen-Altenburg'schen Regierung wird auf Vorschlag des Präsidenten einer besonderen, vor der nächsten Plenarsitzung zu wählenden Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der unter Nr. 1. auf der Tagesordnung stehende bereits besprochene Bericht der Budgetkommission über den Etat der Marineverwaltung wird auf Wunsch des Kriegsministers, welcher der Beratung desselben beimohnen wünscht, für die heutige Sitzung aber verbunden ist, von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt der ebenfalls bereits besprochene Bericht der Budgetkommission über den Etat des Ministeriums des Innern. — Berichterstatter: Abgeordn. Klog. — Die von der Kommission gestellten Anträge 1. und 2. werden ohne Debatte angenommen. Bei dem Antrag 3. die zu geheimen Ausgaben im Dienste der Polizei von der Staatsregierung geforderten 35,000 Thaler gänzlich zu streichen, erklärt der Abg. Frhr. v. d. Heydt, daß er den Antrag der Kommission für sehr bedenklich halte. Die Kommission hätte wohl Veranlassung gehabt, den Antrag näher, als sie gethan, zu erörtern, und zwar nachzuweisen, daß ein Großstaat ohne einen solchen Fonds existieren könne. Dies sei nicht geschehen, der Fonds könne nicht entbehrt werden. Streiche das Haus die Ausgabe, so übernehme es die Verantwortlichkeit dafür, daß die Regierung diese Ausgabe in wohlberechtigtem Interesse des Landes dennoch machen müsse. Nach der Verfassung könne das Budget durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses allein nicht festgestellt werden, es geböre dazu die Zustimmung der anderen Faktoren, des Herrenhauses und der Krone, und das Haus möge deshalb keine Beschlüsse fassen, welche voraussichtlich die Zustimmung des anderen Faktors und der Regierung nicht finden würden. Das Land leide darunter, und die Regierung habe die Pflicht, den Stillstand der Staatsmaschine zu verhindern. Er rathe zur Mäßigung, da ohne eine solche ein konstitutionelles Regiment in einem Großstaate nicht möglich sei. Er bitte deshalb um Bewilligung des Fonds. — Abg. Graf Schwerin: Er sei auch für die Bewilligung, weil er der Meinung sei, daß das Haus gut thäte, die Bewilligung auszusprechen. Er möchte sich aber nicht mit den Theorien des Vorredners identifizieren. Er halte die Ausgabe für nützlich und wünsche die Bewilligung, halte die Regierung aber nicht für berechtigt, die Summe doch auszugeben, falls das Haus sie nicht bewilligt habe. (Sehr richtig!) Die Theorien des Vorredners seien schon oft widerlegt; eine Ausgabe, die das Haus verwerfe, sei nicht bewilligt und dürfe von der Regierung nicht verausgabt werden. (Bravo!) Das Vertheilen des preuß. Staates werde von der Bewilligung oder Nichtbewilligung dieser Summe nicht abhängen. Indem er sich nochmals ausdrücklich gegen die Argumentationen des Vorredners verwahre, wolle er insbesondere hervorheben, daß der Fonds nicht dazu bestimmt sei, besondere politische Tendenzen zu verfolgen, sondern zu allgemeinen Staatszwecken. Diese würden leiden, wenn der Regierung die Mittel entzogen würden.

Abg. Dr. Waldeck: Die Theorie des Abg. v. d. Heydt bedürfte keiner Widerlegung, aber es existire noch ein speziell er Grund zur Ablehnung. Er halte geheime Ausgaben für die Polizei überall für etwas Verwerbliches. Eine solche Summe werde in der Regel nur bewilligt, wenn man dem Ministerium ein Vertrauensvotum geben wolle, sonst würde man ihm nicht willentlich die Waffen gegen das Land bewilligen, da gerade durch die Polizei am meisten die Verfassungswidrigkeiten der Minister aufrecht gehalten worden seien. — Abg. Dr. Lette: Es komme hier lediglich auf das System an, welches das Ministerium verfolge. Er sei gegen die Bewilligung, weil er der Ueberzeugung sei, daß die Summe verwendet werde zur Unterdrückung der konstitutionellen Freiheit und im Interesse der Reaktion zur Niederdrückung der gefundenen, notwendigen freiheitlichen Entwicklung. — Abg. v. d. Heydt erklärt nochmals die Ausgabe für notwendig und das Haus für verpflichtet zur Bewilligung. — Abg. v. Bonin (Hentbin): Er habe ebenfalls geheime Fonds verwenden müssen und könne verichern, daß die Polizei derselben nicht entbehren könne. Dem Abg. Lette erwidere er, daß man mit 35,000 Thlr. die konstitutionelle Freiheit eines Staates, wie des preussischen, nicht unterdrücken könne. (Sehr richtig.) Die Summe sei für den Minister des Innern, als Chef der Sicherheitspolizei, durchaus notwendig; sie sei ein Bedürfnis für das Land, und er glaube, das Land werde dem Hause für die Streichung der Summe nicht dankbar sein.

Abg. Lette: Er frage, ob aus diesem Fonds nicht Diäten bewilligt seien für Regierungspräsidenten und Landräthe, um im Bezirk Befehls der Wahltagation für reaktionäre Kandidaten umherzuziehen, ob diese Fonds nicht verwendet würden, einen schlechten Präsidenten zu gewinnen, daß er dieser oder jener Verleumdung gegen einen Abgeordneten der Fortschrittspartei in irgend einem untergeordneten Blatte Aufnahme verschaffe. Die Verwaltung der 35,000 Thlr. gehehe also, um ein tendenziöses Regiment aufrecht zu erhalten, gegen das sich das ganze Land erklärt habe. — Die Debatte wird geschlossen. — Der Referent Abg. Klog empfiehlt den Kommissionsantrag mit kurzen Worten und weist darauf hin, daß der Abgeordnete für Biegenrück, als er noch Minister gewesen, selbst erklärt habe, es sei unmöglich, daß ein Ministerium günstig und glücklich die Regierung fortführe, welches das Vertrauen des Abgeordnetenhauses und des Landes nicht besitze. (Hört! hört!) Darin liege nach der Auffassung des Hauses die Lösung des Konflikts, der jetzt obwalte, es sei die einzig glückliche Lösung, daß eine Veränderung des Ministeriums eintrete, welche der Staatsregierung wiederum das Vertrauen des Landes zuführe. (Sehr richtig.) — Abg. v. d. Heydt (persönlich): Was er damals gesagt habe, das habe durchaus die Bestimmung der Verfassung, wonach der König die Minister ernenne und entläßt, nicht beeinträchtigen sollen; er meine, das Haus habe auf die königliche Entscheidung auch nicht einmal indirekt einzuwirken. — Präsident Gradow erwidert, daß dies wohl keine persönliche Bemerkung gewesen sei. — Der Antrag der Kommission wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Die von der Kommission in Betreff der Landgendarmarie gestellten Anträge werden ohne Debatte angenommen. — Bei den Strafbesserungs- und Gefängnis-Anstalten hat die Kommission beantragt, 300 Thlr. für den beim Magdalenenstift zu Berlin (Privatstift) zur Besserung gefallener Mädchen unter dem Protektorate Ihrer Majestät der Königin angestellten Geistlichen als künftig wegfallend zu bezeichnen und den beantragten Staatszuschuß von 2,200 Thaler zu streichen. — Abg. Dr. Meig gebt in einem ausführlichen, wegen der gedämpften Stimme, jedoch fast unvernehmlich bleibenden Vortrage unter Bezugnahme auf seine langjährige Wirksamkeit als Armen-Arzt auf die Verhältnisse des Stiftes ein; er vermahnt es namentlich gegen den Vorwurf der Frömmerei, welcher Seitens der öffentlichen Meinung gegen dasselbe erhoben werde. Ohne Religiosität könne das Weib nicht bestehen, und noch weit weniger, wenn es gefallen, sich jemals wieder erheben.

Regierungs-Kommissar: Die Staatsregierung halte den Zuschuß für unerlässlich, wenn die Anstalt überhaupt fortbestehen solle; er glaube auch, daran erinnern zu müssen, daß dieser Zuschuß von Se. Majestät dem hochseligen Könige bewilligt worden sei, als derselbe noch nicht durch Verfassungsbestimmungen beschränkt gewesen. Stets hätten Damen des königlichen Hauses, so gegenwärtig Ihre Majestät die regierende Königin, das Protektorat über dieses Institut geübt; seine Wirksamkeit sei eine geeignete gewesen, dergestalt, daß es in letzter Zeit von 30 auf 45 Stellen erweitert worden sei und werde es bei den besonderen Verhältnissen der großen Stadt auch vom Publikum vielfach in Anspruch genommen.

Abg. Dr. Lette: Es handle sich hier um eine Anstalt, welcher allein die Theilnahme des Volkes helfen könne und müsse, während eine bürokratische Bevormundung ihrer Wirksamkeit nur nachtheilig werden könne. Einziglich des dem Stifte vorgeworfenen Pietismus müsse er bemerken, daß der Pietismus gerade um solche Institute sich unzulängliche Verdienste erworben habe. — Abg. Frhr. v. Vincke-Olbendorf (gegen den Kommissionsantrag): Wenn der Bericht von dem Grundfasse ausgehe, „der Staat soll für Wohlthätigkeitsanstalten nichts thun“, so treffe dies hier nicht zu, da es sich um eine Korrektionsanstalt handle. Leider scheint indeß eine besondere Abneigung gerade gegen dieses Institut zu herrschen, dessen Protektorat schon im Jahre 1841 die vom Volke hochverehrte Prinzessin Wilhelm und nach deren Tode die Prinzessin von Preußen übernommen habe. Wenn eine Anstalt

schon eine bestimmte Basis habe, wie die in Rede stehende in der Kabinetsordre vom 1. Januar 1847, so sehe es dem Hause wohl nicht zu, ihr die unerlässlichen Substitutionsmittel zu entziehen, zumal wenn Resultate ihrer Wirksamkeit vorlägen, welche ihr die allgemeine Theilnahme gewinnen müßten. So zähle sie unter ihren Insassen Mitglieder aus bemittelten Familien, welche bis zu 60 Thlr. Pension zahlten; ja, sie könne der häufigen Nachfrage nach Mätherrinnen, Wäscherinnen u. s. w., wie sie dieselben ausbilde, nicht einmal genügen. Fänden nun die beteiligten Personen hier keinen Schutz, so würden sie bald anderen Anstalten zur Last fallen. Redner schließt mit den Worten: „Ihr konstitutionelles Recht ist allerdings, geforderte Summen zu streichen; wollen Sie aber die konstitutionellen Sympathien stören, so streichen Sie diesen Posten.“ — Abg. Dr. Lette betont nachdrücklich, daß das Magdalenenstift ein Privatstift sei, und protestirt gegen die Bezeichnung: „Bucht- und Korrektionshaus“. Wenn geäußert worden sei, der Regierung würde, wenn der Zuschuß nicht genehmigt würde, nichts übrig bleiben, als die Anstalt aufzugeben, so meine er, die Regierung habe gar kein Recht dazu; sie solle einfach diese Anstalten nur nicht hindern; sie würden sich dann schon ganz von selber entwickeln, wobei es ihm persönlich gleichgültig sei, aus welcher Religion oder Konfession heraus dies geschehe. Das im Volke lebende allgemeine Bewußtsein der Sittlichkeit müsse übrigens das Beste dabei thun, wenn wir vor Zuständen bewahrt bleiben sollten, wie sie in Frankfurt herrschen, wo alle derartige Institute unter staatlicher Bevormundung ständen und deshalb niemals ein eignes kräftiges Leben zu gewinnen vermöchten. — Abg. Graf v. Wartensleben (gegen den Kommissionsantrag): Wenn Berlin in sich selber nicht die nötigen Mittel für solche Anstalten aufbringe, so sei durch Beiträge von außerhalb wohl noch weniger zu erwarten, da man ja neulich hier im Hause die Sittlichkeit Berlins als eine so außerordentlich große dargestellt habe (Heiterkeit); indeß sei das Institut noch nicht alt und bekannt genug, um hinreichende Unterstützung im Volke finden zu können, er rathe deshalb, die Forderung der Regierung zu bewilligen.

(Der Schluß der Diskussion wird angenommen.)

Abg. v. Vincke-Olbendorf bemerkt persönlich, daß die Regierung das Institut unter die Korrektionsanstalten gestellt habe, nicht er. — Berichterstatter Abg. Klog: Das Hauptkriterium für die Beurtheilung des Charakters der Anstalt liege darin, daß der Eintritt in die Anstalt nicht zwingend, sondern freiwillig erfolge; daher sei die Mitwirkung der Privatwohlthätigkeit unerlässlich. Diese ziehe sich jedoch allemal zurück, wo der Staat durch Zuschüsse einschreite, deshalb könne er nur den Kommissionsantrag empfehlen. — Bei der Abstimung wird die von der Regierung geforderte Summe gestrichen und der Kommissionsantrag angenommen.

Minister des Innern Graf Eulenb urg bittet, dem Reg.-Kommissar zur Ausführung das Wort zu geben. — Reg.-Kommissar Konfistorialrath Dr. Wichern wirt zunächst einen Rückblick auf die in den früheren Etatsperioden 1846, 51 und 57 mit dem Raubhaus abgeschlossenen Verträge. Dieses Mal sei der Vertrag unter günstigeren Bedingungen abgeschlossen worden. Gerade die Männer, die in dem Raubhaus ihre Ausbildung erlangt hätten, seien in zahlreichen Anstalten verwendet und ihre Brauchbarkeit nachgewiesen. Ihre Herausziehung sei für Preußen ein unabweisliches Bedürfnis gewesen, da es nach amtlichen Nachrichten unmöglich gewesen sei, die betreffenden Stellen aus den civilverordnungsberechtigten Militärs zu besetzen. (Der Redner sucht dies durch statistische Daten zu belegen.) Man sollte daher glauben, daß Männer, die unter ärmlichen Verhältnissen so beschwerliche Dienste thun wollten, willkommen geheißen werden müßten. Die früheren Verhandlungen hätten das Gegentheil dargebracht; man sei von vorgerathenen Meinungen gegen sie ausgegangen. Der Redner verliest eine Anzahl Zeugnisse von Gefängnisdirektoren, woraus hervorgehe, daß Personen, welche diese Meinung theilte, davon zurückgekommen seien und welche sich lobend über die Brauchbarkeit der dem Raubhause entnommenen Gefängniswärter ausprechen. Das Bedürfnis sei also nicht geringer geworden. Es sei durchaus notwendig, eine moralische Einwirkung auf die Zellengefangenen zu ermöglichen; darum habe sich der Minister des Innern bewogen gefunden, den Vertrag mit der Bruderschaft des Raubhauses zu erneuern. Jedenfalls habe sich aber schon im vorigen Jahre herausgestellt, daß die Motive für die Verwerfung nicht mehr so stichhaltig gefunden worden seien. Im Geiste der Gerechtigkeit und Wahrheit der Sache fordere die Regierung die Bewilligung der verlangten Summe. — Abg. Dr. Lette: Obwohl er die vorgelegenen Zeugnisse für ganz gerecht halte und gern zugeben wolle, daß einzelne der betreffenden Gefängniswärter ganz ausgezeichnete Dienste geleistet hätten, müsse er dennoch die Bewilligung bekämpfen. Er sei freilich auch nicht der Meinung, daß der Gefängniswärter, welcher sein Amt rein in ordinar-bürokratisch-polizeilicher Weise ausführe, besonders segensreich zu wirken vermöchte; der religiösen Richtung, welche im Raubhause vertreten sei, liege andererseits eine durchaus einseitige Tendenz zu Grunde, welche freilich dem gegenwärtigen System der Regierung nur zu gut entspreche. — Abg. Dr. v. Bunsen hält gerade diesen Punkt für geeignet auf Grund des Artikels 82 eine Prüfung durch eine Untersuchungskommission eintreten zu lassen und bis zur Erledigung derselben den Beschluß über den Antrag der Budgetkommission zu verlagern. Er glaube, daß in sehr kurzer Zeit namentlich die Verhältnisse in dem Moabiters Zellengefängnis untersucht werden könnten. Er habe eine große Bewunderung für die von dem Raubhause ausgebildeten Männer, verlange aber nicht, das das Haus auf Grund dieses persönlichen Urtheils votire, sondern auf Grund einer durch eine selbstgewählte Kommission vorgenommenen Untersuchung. — Der Redner überreicht den schriftlichen Antrag.

Abg. Parrissus (Brandenburg): Er halte den in dem Berichte angegebenen Grund für hinreichend zur Annahme des Kommissionsantrages, daß das Haus im Jahr 1862 den Antrag angenommen, die Staatsregierung aufzufordern, den mit dem Kuratorium der Bruderschaft des Raubhauses abgeschlossenen Vertrag wegen Ausbildung von Gefängniswärtern und Lehrern für die Strafbefugnisse nicht wieder zu erneuern, und in Konsequenz dieses Beschlusses muß die Ablegung der 2040 Thlr. jetzt beschlossen werden. Er erkenne an, daß ein Mangel an guten Gefängniswärtern vorhanden sei. Das liege aber wohl vornehmlich an dem geringen Gehalt derselben. Er habe oft bemerkt, daß die Gefängniswärter schlechter genährt aussehn, als die Büchlinge, die ihnen anvertraut seien. Er wolle auch nicht die Tüchtigkeit der im Raubhause ausgebildeten Gefängniswärter bestreiten; es müsse aber auf den Grund zurückgegangen werden, der das frühere Abgeordnetenhaus bei Fassung jenes Beschlusses geleitet habe. Das sei denn der Umstand, daß jene Gefängniswärter einer einseitigen starren religiösen Richtung huldigen, und daß solchen Leuten die Gefangenen, die sich ihnen gegenüber keinen Widerspruch erlauben dürfen, willenslos unterworfen seien. Der Direktor der Gefängnisanstalt könne den geheimen Verkehr zwischen dem Wärter und dem Gefangenen nicht beobachten; er könne dem Wärter sehr wohl das Zeugnis des Gehorsams und des so viel gerühmten „stillen Wesens“ ausstellen, und der Gefangene zu gleicher Zeit durch den geistlichen Aufbruch des Wärters sich belästigt und gequält finden; wenn auch Wächter die Sache leicht nehmend und mittheilend möge, um seine Situation zu verbessern. Er bitte daher das Haus, sich nicht durch die Verlesung der Zeugnisse verleiten zu lassen, von seinem früheren Beschlusse abzugeben. Die Regierung könne auf andere Weise leicht Mittel finden, um das Bedürfnis an tüchtigen Gefängniswärtern zu befriedigen; sie brauche eben nur den Gehalt zu erhöhen und es sei deshalb nicht nöthig, erst einen neuen Vertrag mit dem Raubhause abzuschließen. (Bravo.)

Minister des Innern Graf Eulenb urg: Wenn hier von einer Konsequenz des früheren Beschlusses gesprochen worden, so sei das ein Irrthum. Eine Konsequenz sei insofern nicht vorhanden, als das gegenwärtige Haus ein anderes sei, als das vom Jahre 1862, und weil ferner der Vertrag von damals aufgehoben sei und ein anderer Vertrag vorliege. In der Sache selbst müsse er befähigen, was der Regierungskommissar gesagt habe. Derselbe habe nur einzelne Urtheile angeführt, er könne sagen, daß alle amtlichen Berichte aus den verschiedensten Gegenden bekunden, daß die Zöglinge aus dem Raubhause die brauchbarsten und besten seien. Und das sei auch ganz natürlich; man könne doch unmöglich das Amt eines Gefängniswärters auf einen Standpunkt mit dem Amte eines Kanzleibekkers, eines Nachwärters u. s. stellen. Ein solches Amt sei eine Art Mission; es geböre dazu ein innerer Beruf und eine speziell auf diese Art der Beschäftigung gerichtete Erziehung. Die Leute könnten ihren Beruf nicht erfüllen, ohne auf einem starken religiösen Standpunkte zu stehen, und obwohl man dies anerkenne, zu sagen, daß man auf das Raubhaus nicht zurückgehen dürfe, das verstehe er nicht.

Er bestreite entschieden, daß das Raubhaus eine pietistische Richtung verfolge; er für seine Person liebe den Pietismus nicht, und wenn die Ausbildung der Gefängniswärter durch das Raubhaus auf solchen Grundlagen beruhe, so würde es sich in einer Protektion nicht zu erfreuen haben.

Er sei über die Tendenzen seiner Herrn Amtsvorgänger nicht aufgeklärt, aber auffallend sei es doch, daß sie Alle in dem Punkte zusammenkommen, der Vertrag mit dem Raubhause sei etwas sehr Erfrießliches. Den Antrag des Abg. v. Bunsen annehmen, er befürchte, weil er glaube, daß eine Annahme von Vorurtheilen existiren, welche daraus hervorgegangen seien, daß die Abgeordneten nicht mit eigenen Augen gesehen hätten. Wollte das Haus sich überzeugen, so würde demselben nicht bloß jede Ansicht geöffnet, sondern mit Vergnügen auch jede Auskunft erteilt werden. Sollte das Haus den Antrag nicht annehmen, so gebe er zu bedenken, daß es sich beim Abschlusse des Vertrages mit dem Raubhause nicht um eine Liebhaberei der Regierung, sondern darum handle, die Maschine nicht stillstehen zu lassen, denn es seien abso lut anderwoher keine Aufseher zu bekommen. Also aus Nützlichkeit- und Nothwendigkeitsrücksichten bitte er dem Antrage der Kommission nicht beizutreten. (Beifall rechts.)

Vize-Präsident v. Unruh hat inzwischen den Vorsitz übernommen. — Der Antrag des Abg. v. Bunsen erhält ausreichende Unterstützung er geht dahin auf Grund des Art. 82. der Verf. Urk. eine Kommission zur Information des Hauses in Betreff der Verwendung von Mitgliedern des Raubhauses in den Gefängnis-Anstalten niederzusetzen und den Beschluß über die von der Regierung geforderten 2040 Thaler auszusprechen.

Abg. Graf Schwerin: Die Sache sei sehr wichtig. Nicht um die Geldsumme handle es sich, sondern es sei die Tendenz, von der aus man die Forderung der Regierung betrachte. Er glaube, man habe vom religiösen Standpunkte aus wirklich nichts zu fürchten, und wer sich informire, der werde sich überzeugen, daß, wenn einer oder andere Gefängniswärter sein Amt mißbrauchen sollte, es für die Gefangenen selbst hinreichende Korrektive gebe, um sich dagegen zu schützen. Wollte man überhaupt den Zweck verfolgen, daß die Strafe zugleich ein Mittel zur Belehrung der Gefangenen werde, so sei es erforderlich, daß die Personen, welche täglich mit den Gefangenen zu verkehren hätten, eine besondere Vorbildung und namentlich ein tief religiöses, lebendiges Gefühl besäßen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß es nicht möglich sei, eine solche Vorbildung auf einem andern Wege zu erreichen, als durch das Raubhaus. Gegen den Pietismus u. s. kann man sich schützen, event. durch die Gerichte; denn in unserem Richterstand sei der Pietismus noch nicht so weit eingebürgert (Heiterkeit), daß er den Einfluß eines Gefängniswärters auf einen Gefangenen nicht völlig paralysiren können. Er empfehle die Genehmigung der beantragten Summe.

Abg. Dr. John (Koblenz) beruft sich, den Äußerungen des Ministers gegenüber, auf die Urtheile des Oldenburger Strafanstalts-Direktors Hoyer und des früheren Direktors des Zellengefängnisses Schüd. Vesterer habe erklärt, er glaube, daß die heilsame Durchführung der Einzelhaft auch ohne die Brüder des Raubhauses möglich sei. Seine (des Redners) Ansicht sei, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, das auch im Raubhause mit Wasser gefochet werde. Gute Gefängnisbeamte, das habe man gehört, seien ein gesuchter Artikel; wenn die Erziehung derelicten lobne, wozu sei da noch eine Subvention nöthig? Er wolle die Brüder des Raubhauses keineswegs principiell ausgeschlossen haben; man solle sich auch ihrer bedienen, wenn sie gut seien; allein da man darauf auszugehen scheine, „Raubhaus“ und „Preussische Gefängnisverwaltung“ zu identifizieren, so könne er nur für den Kommissionsantrag stimmen.

Regierungskommissar Ober-Konfistorialrath Wichern sucht die gegen das Raubhaus erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen: das Raubhaus betrachte die Gefängnisverwaltung weder als seine Domäne, noch sei es so exklusiv, einseitig und bornirt, daß es nicht aufmerksam auf Alles achten sollte, was in der übrigen Welt Gutes gewirkt werde. Wenn mit Tadel hingewiesen worden sei auf die „bestimmte religiöse Ansicht“, welche im Raubhause herrsche, so müsse er dagegen fragen, ob es denn überhaupt eine nicht bestimmte religiöse Ansicht gebe, und ob nicht vielmehr jeder Glaube wissen müsse, was er glaube. Die Mitglieder des Raubhauses hätten zudem weder jemals Maske noch Schleier getragen, sondern stets ihre Glaubensüberzeugungen offen dargelegt, und seien bis jetzt noch nicht widerlegt. (Heiterkeit links.) Was den ihnen gemachten Vorwurf des Pietismus betreffe, so habe er selber gerade den Beweis geführt, daß er und die Seinen nicht pietistisch seien, sondern daß sie zur preussischen Landeskirche gehören und keineswegs Separatisten sein wollen. Wenn man ferner von Befähigungen und Qualitäten der Gefangenen Seitens der Raubhäuser viel geredet habe, so könne er nur wünschen, daß die in Anregung gebrachte Kommission wirklich ernannt werde, damit alle Welt sich vom Gegentheile überzeuge. Die „ae-fährlichen Tendenzen“, welche der Anstalt untergeordnet würden, glaube er in das rechte Licht zu setzen, wenn er die Männer nenne, welche beim Abschluß des ersten Vertrages im Jahre 1847 die Bestimmungen desselben entworfen hätten: der Staatsminister Flottwell und der verstorbene Gesandte v. Bunsen; das seien doch wohl keine Finstlerlinge! Niemals habe die Absicht obgewaltet, sämtliche 1200 Aufseher für die preussischen Gefängnisse aus dem Raubhause zu entnehmen; auf Grund des Kontraktes seien von den 50—60 im zweiten Jahre Anzustellenden Seitens des Raubhauses nur 6 zu liefern. Der spöttischen Bemerkung, es sei seinerseits immer nur lobender Bezeugnisse Erwähnung gethan worden, könne er durch die Erklärung begegnen, daß es thatsächlich andere Zeugnisse über das Haus nicht gebe; so habe gerade Direktor Hoyer in Oldenburg ausdrücklich Brüder des Raubhauses dorthin berufen und der frühere Direktor des Zellengefängnisses Schüd schreibe im Jahre 1857 ganz anders, als er habe drucken lassen: „die schnelle Auffassung, das Geschick, die Pünktlichkeit und die Gemüthlichkeit der Aufseher aus dem Raubhause haben mir mein Amt sehr erleichtert“; und von den Krankenwärtern rühme er Liebe, Treue, Entsagung, Ausdauer, Geduld und eine leichte Hand. — Eigenschaften, welche diese Wärter zugleich für die heilsame Seelenpflege befähigt hätten.

Abg. Dr. Birchow: Was der Herr Regierungskommissar angeführt, sei ein Motiv für den Antrag des Abg. Dr. v. Bunsen und er empfehle denselben zur Annahme. Die öffentliche Meinung sei seit Jahren durch den Gegenstand sehr beunruhigt und müsse endlich vollständig aufgeklärt werden. Indes würde durch die Annahme des Antrages möglicherweise die Annahme des Budgets überhaupt hinausgeschoben; das Interesse des Etats stehe aber höher als der einzelne Posten. Es gäbe hier den Ausweg, daß, falls der Ausfall der Untersuchungskommission für die Brüder des Raubhauses günstig wäre, von der Regierung in Betreff der Forderung der 2040 Thlr. eine besondere Vorlage, wie in Betreff des Königsberger Bollamtes gemacht werden könne. Er sei indeß nicht der Meinung, daß die Abschließung von solchen Konventionen, wie die mit dem Raubhause, den Zwecken der Regierung günstig sei, abgesehen davon, daß mit gleichem Recht Seitens der Katholiken, die Heranbildung von Gefängniswärtern ihrer Konfession beansprucht werden könne. Das Bedenkliche der Verbindung mit dem Raubhause bestehe aber darin, daß sie gewissermaßen Glieder einer religiösen Kongregation seien, unter gemeinsamen Oberräumen und also unserm Staatsorganismus fremde, ein Staat im Staate seien. Es müsse die Regierung dafür Sorge tragen, daß eine ausreichende Vertheilung des Bedürfnisses an tüchtigen Gefängniswärtern in einer andern Weise als durch Verträge mit dem Raubhause möglich sei. Dazu sei nur nöthig, daß ein Ausbildungsinstitut für Gefängniswärter im Lande errichtet werde, dessen Leitung die Regierung selbst in der Hand habe. Die Untersuchung müsse sich natürlich auf alle diese Fragen ausdehnen u. s. w. deshalb für den Antrag des Abgeordneten Dr. Bunsen.

Vize-Präsident v. Unruh stellt zwei inzwischen eingegangenen Verbesserungsanträgen zur Unterstüttung, nämlich ein Unteramendement des Abg. v. Bossum-Dolffs: „Die Budgetkommission zu ermächtigen, die Untersuchung durch drei von ihm zu ernennenden Kommissions-Mitgliedern vornehmen zu lassen“, und ein Amendement des Abg. Grafen Schwerin: „die 2040 Thlr. für dieses Jahr zu bewilligen und zur Vorbereitung des Beschlusses für das nächste Jahr eine Untersuchungs-Kommission auf Grund des Art. 82 der Verf.-Urk. zu ernennen.“

Abg. Jung: Er halte eine solche Kommission für unnöthig, da der wichtigste Punkt, den der Abg. Parrissus hervorgehoben, der den Brüdern des Raubhauses gemachte Vorwurf der religiösen Einseitigkeit, einer Unterdrückung nicht bedürfe und in den Gefängnissen überhaupt nicht unterdrückt werden könne. Dazu müßte sich die Untersuchung auf das Raubhaus selbst erstrecken. In den Gefängnissen könnte man wohl sehen, wie die Brüder thätig arbeiteten, aber nicht die Qual, mit welcher im geheimen Verlebre ihre religiöse Propaganda die Gefangenen peinigete. Er sei daher gegen die Bewilligung und gegen die beantragte Untersuchungs-Kommission. — Abg. Dr. Bernh ardi sucht aus eigener Erfahrung, die er bei einem Besuche des Moabiters Zellengefängnisses im vorigen Jahre gewonnen haben will, darzutun, daß die Vorurtheile nicht bloß bei dem Abgeordnetenhaus, sondern auch bei dem Vorsteher der Bruderschaft, dem Regierungskommissar, vorhanden seien, und befürwortet der allseitigen Aufklärung wegen den Antrag des Abg. v. Bunsen auf Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Abg. Koblen: Er erkenne das Bedürfnis, in religiöser und sittlicher Beziehung auf die Gefangenen zu wirken, vollkommen an; aber ein solcher Zweck dürfe nicht einseitig verfolgt werden. Er und seine Freunde (von der katholischen Fraktion) könnten aus den Steuern des Landes die Ausgaben für eine innere Mission gegen ihre eigene Konfession nicht bewilligen. (Sehr richtig!) Daß die Brüder des Rauhen Hauses eine solche Mission zu ihrer Aufgabe machten, könne nach den Versicherungen des Herrn Regierungskommissars selber nicht bezweifelt werden. Deshalb stimme er für Abweisung der Summe. — Abg. Dr. Lette behauptet nochmals, unter großer Unruhe im Hause, daß es auch andere Personen gebe, die sich zu Gefangenenaufheben qualifizierten und daß er für den Antrag v. Bunsen sei. — Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. John (Yabian) und einer geschäftlichen Bemerkung des Abg. Grafen Schwerin rechtfertigt der Berichterstatter Abg. Klotz den Kommissionsantrag. Man habe bei aller Anerkennung der der Anstalt zu Grunde liegenden Idee befürchtet, daß die Gefangenen dem Fanatismus zum Opfer fallen würden. Er empfehle Abweisung der Summe für dieses Jahr und Vorbereitung des Beschlusses durch die Untersuchungskommission für das nächste Jahr. — Bei der Abstimmung werden die Anträge der Abg. Grafen Schwerin und v. Bunsen abgelehnt, der Kommissionsantrag wird angenommen, die geforderte Summe somit genehmigt.

Bei Titel 30: „Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger“, rügt Abg. Stavenhagen, daß die Staatsregierung trotz der wiederholt an dieselbe gerichteten Anträge des Hauses für keine Erhöhung dieses Fonds Sorge getragen habe. Für viele andere, weit unbedeutendere Dinge scheine Geld im Ueberflusse vorhanden zu sein, nur für die alten Krieger nicht (Sehr wahr!). und gerade hier thue Eile, dringende Eile Noth, da jede Veräumnung unabwehrlich wäre; mit jedem Jahre ginge ein Theil dieser Veteranen in Alter und Armuth, in Hunger und Elend zu Grunde; er belege es daher auf das Dürftigste, daß die Staatsregierung nicht schon für das Jahr 1864 diese Position erhöht habe. — Ein Antrag knüpft sich an diese Bemerkung nicht. — Die übrigen Anträge der Kommission werden ohne Debatte angenommen. — Schluß der Sitzung gegen 4 Uhr. — Nächste Sitzung morgen Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Budget- und Petitionsberichte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Januar. [Neujahrswünsche für die Stadt Posen.] Posen ist unstreitig auf dem Wege, eine große Handelsstadt zu werden. Glücklicherweise wird sie weder durch ihre Festungsmauern noch durch ihre Lage so eingegrenzt, daß diese naturgemäße Entwicklung behindert würde. Der Bevölkerung fehlt es nicht an Nahrung. Das noch immer unzureichende Kapital wird reichlicher zufließen, wenn die Schienenverbindungen mit den reichen Nachbarprovinzen Deutschlands vervollständigt, wenn das durch die russische Grenzperre verschlossene slavische Hinterland dereinst eröffnet sein wird.

Es sind in neuerer Zeit anerkennenswerthe Anstrengungen gemacht, um auch das Aeußere der Stadt den Kulturansforderungen eines civilisirten Bethandelsplatzes anzupassen. Auffallend bleibt es dennoch, daß die Stadt in so vielen Beziehungen gegen andere größere Orte, wir wollen nicht allein sagen, Deutschlands, sondern der civilisirten Welt zurücksteht!

1) Das ist zunächst die auffallende Unreinlichkeit, welche noch vielfach im äußeren Abputz der Gebäude, noch mehr aber in den Hausfluren, Treppen und Höfen selbst in den elegantesten Stadttheilen zu finden ist. Es scheint fast, als wenn man eine unnatürliche Scheu vor sauberer Haltung dieser Gebäudetheile, vor Farbe, Tapeten, Wasser und Scheuerbesen hätte. Wenn dieser Vorwurf nur die Wohnungen ärmerer Leute beträfe, wäre derselbe leichter zu nehmen. Allein es ist auffallend, daß Häuser mit den theuersten Miethwohnungen in der Neustadt noch an obigen Mängeln leiden.

2) Ist die Gasbeleuchtung eine überaus mangelhafte, da die Zahl der Laternen die Straßen nicht genügend erhellen kann und das Gas meistens ein sehr schwaches und trübes Licht gewährt.

3) Die Belegung der Bürgersteige mit Trottoirs ist fast alenthalben durchgeführt. Dagegen fehlen auf allen öffentlichen Plätzen und auf den Ueberwegen von einer Straße zur andern Trottoire und bequeme Wege für den Fußgänger. Es wäre unvernünftig, wenn es wahr wäre, daß die Stadtkommune ihrerseits die nöthigen Mittel zu diesen nothwendigen Wegeverbesserungen einer großen Stadt verweigert hätte.

4) Der Zustand der öffentlichen Brunnen und Wasserleitungen ist ein vielfach als höchst mangelhaft beklagter, nicht zu gedenken der Nothwendigkeit, die Stadt mit einer ausreichenden neuen Trinkwasserleitung zu versehen.

5) Die öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsorte, eine große Zahl der Wein- und Bierstuben, Gasthäuser, Konditoreien und Kaffeegärten laboriren an einer abschreckenden Unreinlichkeit.

6) Die Straßenpolizei wird in Betreff der Reinigung der Rinnensteine und des beinahe die ganze Stadt durchschneidenden Mühlengraben nicht mit dem erforderlichen Nachdruck gehandhabt.

7) Eine Hauptaufgabe der Sanitätspolizei ist die Ueberwachung der für die arbeitende und ärmere Klasse bestimmten Wohnungen. Wer, wie der Verfasser, Veranlassung hat, die von Schmutz und schlechten Dünsten eingenommenen, äußerst beengten Wohnungen der ärmeren Klassen zu besuchen, wird wissen, daß die Stadt Posen an einem höchst verberblichen Mangel kleinerer und gesunder Wohnungen für den Arbeiterstand leidet. Eine sorgfältige Polizei in Verbindung mit menschenfreundlichen Kapitalisten und Häuserbesitzern könnte auf diesem Gebiete unendlichen Segen verbreiten. Vor Allem aber ist es Aufgabe der polizeilichen Bauordnung, den größten Verstoß gegen die Gesundheit der Einwohner bei der baulichen Einrichtung und Unterhaltung der Häuser und Höfe entgegenzutreten.

8) In Verbindung mit obigen Erscheinungen ist in der Kleidung der mittleren und unteren Klassen eine gegen alle anderen größeren Städte Deutschlands, Frankreichs und Englands auf das Auffallendste absteigende Unsauberkeit wahrzunehmen. Diese Erscheinung hängt keinesweges allein mit der Armuth dieser Klassen zusammen, sondern liegt vorzugsweise in einer fehlerhaften Erziehung, Gewöhnung und in der mangelnden Anregung durch eine sorgsam gepflegte öffentliche Reinlichkeit!

Die Einrichtung öffentlicher, äußerst billiger Bäder und Wasch-Anstalten ist hier mehr als in anderen großen Städten eine Aufgabe humanistischer Bestrebungen.

So liegen denn in dieser politisch, national und sozial so vielfach gespaltenen Stadt eine lange Reihe daufenswerther Ziele vor, für welche dem heutzutage allenthalben mächtigen Vereinsstriebe ein reiches Feld der segensreichsten Thätigkeit eröffnet wird.

Wüssten diese Zeilen dazu beitragen, eine Vereinigung edler Männer jeder Richtung zu Wege zu bringen, welche sich die Beförderung der obigen gemeinnützigen Ziele zur Aufgabe setze!

— [Geselliger Abend im Handwerkerverein.] Nach Eröffnung der gestrigen Versammlung durch Herrn Engelmann trugen die Sängerkörperschaften Herrn Wienwald's Zeitung Cotta's: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ und das Stutzsche: „Auf ihr Brüder, laßt uns walten!“ vor, worauf Herr Lehrer Kuyke einen sehr sinnreichen Vortrag hielt. Herr Rath Döring wünschte hierauf, anknüpfend an ein dem Vorstände zugewandenes

Schreiben, in welchem die Freunde über das Gedeihen des Vereins ausgeprochen wird, dem Vereine ein „Glück auf!“ zum neuen Jahre. Dies „Glück auf!“ gelte dem Wachsthum des Vereins und jedem thätigen Streben in demselben. Darauf folgte ein Vortrag von Herrn Lehmann über die Unterschiede in der Knaben- und Mädchenerziehung. Der Knabe ist bestimmt, in der Zukunft vorzüglich nach Außen zu wirken; also die Stärkung und Erhöhung seiner Kraft, zunächst der körperlichen, die erste Tendenz seiner Bildung. Hierfür ist ihm nicht genug zu empfehlendes Mittel das Turnen. Dem Manne ist das Regieren, Anordnen, Beschützen, Vertheidigen von der Natur angewiesen. Dies setzt Verstand, Einsicht, Kenntniß der Mittel, Umsicht und Besonnenheit voraus; daher hat die Erziehung vorzüglich zu sorgen, daß der Knabe recht reif an Verstand, gründlich in Allem, was er weiß, beharrlich in Allem, was er anfängt, geordnet in allen seinen Thätigkeiten, entschlossen in Verlegenheiten werde. Die Erziehung muß aber auch dahin wirken, daß er die früh erworbene Freiheit recht gebrauchen lerne. Der künftige Beruf des Knaben ist womöglich eigene Wahl. Die Bestimmung desselben werde aber auf keinen Fall übereilt, auch wo man sie ganz frei läßt. Der Knabe soll einst Gatte und Vater werden. Er wird die Würde und das Glück dieser Bestimmung nur dann verdienen, wenn er das weibliche Geschlecht zuvörderst achten gelernt hat.

Die Mobilisationen in der Erziehung des weiblichen Geschlechts sind bedingt durch die verschiedene Stellung beider Geschlechter für das Leben und die verschiedene physische und psychische Organisation. Vor allem sei man bedacht, frühzeitig das religiöse Leben des Mädchens zu begründen. Die Mädchenerziehung muß möglichst selbstständig von der Familie, namentlich von der Mutter ausgeübt werden. Das Mädchen muß unmittelbar für das häusliche Leben erzogen werden, und die edelste und erhabenste Bestimmung des Mädchens ist: Gattin und Mutter zu werden. — Nach Vortrag einer sehr humoristisch-satirischen Auslassung über das Knopfloch und seine mannigfache Verwendung aus dem diesjährigen Knopfloch-Kalender und des Abland'schen: „Was steht der nordischen Fächerstange“, jenes durch Herrn Rath Döring, dieses durch Herrn Engelmann jun., trugen die Sängerkörperschaften noch zwei Lieder vor, von denen das mit Begeisterung aufgenommen wurde. „Schleswig-Volkslied, meeresumflungen“ den Schluß bildete.

— [Schlagerei.] Am Sonntag Nachmittag um 2 1/2 Uhr fand in der Baar'schen Schänke in der Dominikanerstraße zwischen vier Knechten eine Prügelei statt, wobei einer dieser Leute mit Hälften und Stöcken von den drei Anderen geschlagen und so stark am Kopfe verletzt worden ist, daß er nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er höchst wahrscheinlich längere Zeit krank darnieder liegen wird. Die Veranlassung zu der Schlägerei ist nicht bekannt geworden, da die Exzessanten nach Verübung der That sich schleunig aus dem Lokal entfernt haben.

— [Diebstahl.] Einem Alderwirth aus Krayswirth ist am 2. d. M. Abends ein braunschwarzer 10 Jahre alter Wallach nebst einer Trense und einem Sattel entwendet worden. Das Pferd war vor dem Wirthshause zu Warske angebunden, während sein Eigenthümer in der Gaststube sich erwärmte. Als dieser die Weiterreise antreten wollte, war das Pferd spurlos verschwunden.

— Den Musikfreunden Posen's wird die Nachricht willkommen sein, daß in den nächsten vier Wochen drei Sinfoniekonzerte, und zwar Sonntags 16. Januar, 30. Januar und 13. Februar, im Stern'schen Saale (Cafino) veranstaltet werden. Herr Radeck hat zu jedem Konzerte ein eben so reiches als interessantes Programm gewählt. — Haydn's D-dur Sinfonie (Barentanz) eröffnet die erste Soiree, der sich dann Beethoven's Musik zu Egmont mit Gesang und Text anschließt. Frau Tugendhals hat den Gesang der Lieder „Freudvoll u. leidvoll“, und „die Trommel gerührt“ freundlichst übernommen, Herr Leon Heß wird den von Friedrich Mosengel zur „poetischen Erläuterung“ der Egmont-Musik verfaßten Text sprechen.

Das Programm zum zweiten Konzert bringt Mendelssohn's wunderherrliche Ouvertüre „Meeresstille und glückliche Fahrt“, die Variation über „Gott erhalte Franz den Kaiser“ von Haydn, Beethoven's zweite Sinfonie und Niels Gade's neueste Hamlet-Ouvertüre. Das letzte Konzert verspricht die G-moll-Sinfonie von Mozart und die Musik Mendelssohn's zum Sommernachtsstraum. So können wir im Voraus genüßreiche Abende versprechen und machen auf die zur Zeichnung von Billets bei Bote und Bock ausliegende Liste aufmerksam.

k Bat, 3. Januar. [Feuer; Auslauf und Exzesse.] Noch sind die polizeilichen Verhandlungen wegen des am zweiten Weihnachtstages stattgefundenen Brandes und der dabei verübten Exzesse nicht geschlossen und schon wieder wurden wir gestern Abend 1/2 Uhr durch Feuerlärm in Schrecken und Bewegung gesetzt. Es brannte eine am äußersten Ende der Stadt an der Dobiescher Straße belegene, mit Stroh gedeckte, dem Maurermeister Sted gehörige Scheune. Auch hier ist ruchlose Brandstiftung unabwehrlich. Durch kräftige und zweckmäßige Anwendung der Löschgeräte wurde das brennende Gebäude bald niedergebückt, so daß ein großer Theil des Holzes gerettet werden konnte und die gegenüber belegenen, nicht weit entfernten Scheunen verschont blieben. Es war wieder die Dominialbrücke von Wlozka, dann die von Miegolewo nächst den hiesigen rechtseits herbeigebracht. In der abgebrannten Scheune befand sich nur Stroh.

Während des Brandes am 26. v. Mts. war der Gendarm Tepper gezwungen, eine Arretirung vorzunehmen, dies wollte aber eine bedeutende Menge Volk verhindern, so daß der Gendarm genöthigt war, Hülfe herbeizurufen, diese wurde ihm aber nicht gewährt, es wurde vielmehr in der Posener Straße, so wie auf dem alten Markte, weit entfernt von der Brandstelle, blinder Feuerlärm veranlaßt, wodurch die Masse immer mehr answuch, so daß Tepper wirklich in Gefahr war. Da ihm aber auf seinen Aufruf der hier beurlaubte gewesene Pionier Schulz Beistand leistete und energisch auftrat, gelang die Arretirung, beide wurden aber mit Steinen beworfen unter dem Rufe: „Schlagt den deutschen Hund todt, reißt den deutschen Hund auseinander.“ Nur unter der größten Gefahr war es dem Schulz möglich, aus dem Gedränge zu entkommen und sich in die Wohnung seines Bruders, Schornsteinfeger Schulz zu flüchten. Hoffentlich wird die Bestrafung aller zu ermittelnden Schuldigen erfolgen. Auch gestern ist es vorgekommen, daß man sich gegen den genannten Gendarmen widersetzte.

w Borek, 3. Januar. An die hiesige jüdische Privatschule ist nunmehr, nachdem der zeitweilige Lehrer Michaelis von derselben entlassen worden, der Kandidat Gollow, Sohn eines evangelischen Predigers in Pommern, berufen worden, welcher mit dem morgenden Tage seine Funktion übernehmen soll.

m Gräg, 3. Januar. [Berichtigung.] Meinen in Nr. 305 d. Stg. enthaltenen Bericht muß ich dahin abändern, daß der Fleischergehilfe auf offener Landstraße von Dieben nicht angefallen, sondern, wie sich nach den sofort angestellten Ermittlungen herausgestellt, hat derselbe in einem Dorfe das Geld in einer Schänke in Spirituosen vertragen und in Karten verspielt, alsdann mit den Anwesenden Schlägereien angefangen, wobei er die Wunden erhalten hat. Um nun kein Vergehen zu verbergen, hat er zu jener Lage gegriffen; im Uebrigen kann ich nur hinzufügen, daß die Diebereien bei uns noch immer im Wachsen sind. — Mehrere hiesige Gewerbetreibende hatten bei dem hiesigen Magistrat um Abschaffung der Wahl- und Schlachtsteuer petitionirt. Die hiesigen Stadtverordneten haben in der gestrigen abgehaltenen Sitzung sich mit großer Mehrheit für Beibehaltung derselben entschieden. Die meisten Einwohner unserer Stadt werden dem Beschlusse unserer Stadtverordneten gewiß beipflichten, weil sonst bei der großen Armuth der Kommunalbeiträge für Viele das Dreifache der jetzigen Abgaben übersteigen würde.

o Aus dem Krotoschiner Kreise, 3. Januar. Mit der Planlegung der im nächsten Frühjahr in Angriff zu nehmenden Chausseen im hiesigen Kreise ist bereits der Anfang gemacht. So ist zunächst der Weg von Bogorzelle über Wiedow und Kromolice nach Kulinow auf dem Planum nicht mehr zu fassen und zur Verbindung der genannten Ortschaften der Weg von Bogorzelle über Glinow, Döla, Targowice und Wiganow amtl. angewiesen worden. — Nach einer Verfügung des Direktoriums des Vereins zur Unterstützung landwirthschaftlicher Beamten des Großherzogthums Posen d. d. Posen den 11. Dezember 1863, ist der hiesige Kreis, in welchem bisher kein derartiger Verein sich gebildet hat, zu dem Kreise Kröwe in Bezug der Vereinsangelegenheiten geschlagen worden, und in Folge dessen dem Kröwener Kreisvorstande der Auftrag geworden, alle Beamten und Pächter, die Geistlichkeit und sämtliche Wirthschaftsbeamten zum Beitritt aufzufordern. Dieses Auftrages hat sich der gedachte Kreisvorstand

nun dadurch entledigt, daß er alle diejenigen, denen der Zweck der Gesellschaft bekannt ist, öffentlich ersucht, ihre Beitrittserklärungen dem Vorstehen den des Kröwener Kreisvorstandes Herrn M. v. Sejanicki auf Katschin zu kommen zu lassen, der auf Wunsch auch die Statuten des Vereins mittheilen wird.

r Wollstein, 3. Januar. [Unglücksfälle; Wohlthätigkeit.] In diesen Tagen wurde eine 33 Jahr alte Frau beim Holzfällen im Kattwiger Walde von einem umfallenden Baume derartig auf den Kopf getroffen, daß dieselbe sofort ihren Geist aufgab. — Der 16 Jahr alte Sohn des Nittergutsbesizers B. auf L. ging bewaffnet mit einer Doppelflinte, deren beide Läufe geladen waren, auf die Jagd. Er schoß einen Lauf ab und traf einen Hasen. Während aber der Schälge den getroffenen Hasen aufsuchte und beschäftigt war den Lauf wieder zu laden, ging beim Passiren durch ein Gesträuch der andere Lauf von selbst los und riß ihm die Kinnlade auseinander. Den Bemühungen der sofort herbeigerufenen Aerzte dürfte es, wie mir mitgetheilt wird, gelingen, den jungen Mann beim Leben zu erhalten. — Vorgestern hat ein unter den hiesigen Israeliten bestehender wohlthätiger Verein ca. 5 Kisten Holz an die Armen vertheilt, und die Repräsentanten der jüdischen Gemeinde haben ebenfalls beschossen, 50 Thlr. zum Ankauf von Feuerungsmaterial für die Armen zu verwenden, was denselben bei der seit einigen Tagen eingetretenen strengen Kälte doppelt willkommen ist.

Bermischtes.

* Das vor Kurzem erwähnte Projekt, den „Great Eastern“ auf dem Wege der Verloosung in die Hände einer neuen Gesellschaft zu bringen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach zur Ausführung kommen. Es sind bereits Prospekte ausgegeben worden, welchen zufolge sich (nominell in Frankfurt a. M., da Lotterien in England verboten sind) eine Great Eastern Subscription Company gebildet hat, welche den Riesen-dampfer bei der auf den 14. Januar angesetzt Auktion oder unter der Hand ankaufen will. Die Fonds erhebt sie durch die Ausgabe von 24,000 Loosen zu 1 Pfd. Sterl.; und gelingt es ihr, das Schiff anzukaufen, so wird in Frankfurt die Verloosung stattfinden. Bei derselben sollen 200 Preise (einer zu 40,000 Pfd. Sterl., einer zu 20,000 Pfd. Sterl., drei zu 10,000 Pfd. Sterl. u. s. w. bis zu 250 Pfd. Sterl. abwärts) gezogen werden, und die Inhaber der gewonnenen Nummern bilden dann die neue Gesellschaft, indem sie je nach der Höhe ihres durch Aktien vertretenen Preises partecipiren. Ueber die Zukunft des Schiffes soll eine innerhalb dreier Wochen nach der Verloosung vom Komitee einzuberufende Versammlung der glücklichen Gewinner entscheiden.

* [Zur Statistik der Juden.] Nach den in neuester Zeit von Juden-Missionären angestellten Berechnungen beträgt die Zahl der gegenwärtig auf der Erde lebenden Juden ungefähr 7 Millionen, wovon die Hälfte allein in Europa wohnt, und zwar die meisten in Rußland, man zählt daselbst 1,220,000 Israeliten, die Zahl der in Oestreich wohnenden Juden beträgt 853,000, in Preußen 284,500, im übrigen Deutschland 192,000. Während bei der Bevölkerung in Frankfurt a. M. auf 16 Christen ein Jude gerechnet wird, kommt in Preußen erst auf 73 Christen ein Jude. In Sachsen wohnen im Ganzen nur etwa 1600 Juden, und zwar zumeist in den beiden Städten Leipzig und Dresden. Am Unbedeutendsten ist die Zahl der jüdischen Einwohner in Schweden und Norwegen, man rechnet daselbst auf 6000 Christen nur 1 Juden. In Frankreich wohnen ungefähr 800,000, in der Schweiz 3,200, in Großbritannien 42,000 Israeliten. Hierbei zeigt sich die merkwürdige Thatsache, daß in den Ländern (Frankreich, Belgien und England), wo die Juden vollständig emancipirt sind, dieselben sich andauernd vermehren, wogegen deren Zahl sich in den Ländern, wo sie selbst bedrückende Bedrückungen erfahren, sich beständig vermindert. — Zur Zeit existiren 33 Gesellschaften zur Befreiung der Juden, bei denen ungefähr 200 Missionäre thätig sind. Dieselben dürfen unter Aufwand großer Kosten seit Anfang dieses Jahrhunderts ungefähr 20,000 Proselyten gemacht haben.

Telegramm.

Berlin, 5. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses zur Berathung über die Anleihevorlage war Herr v. Bismarck anwesend und sprach wiederholt für die Politik der freien Hand. Er hoffte schließlich, das Haus werde lieber die verlangten Mittel bewilligen, als die Regierung zwingen, solche selbstständig zu beschaffen. Die Debatte wurde vertagt.

Ungekommene Fremde.

Vom 5. Januar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wendeler aus Stettin, Dobryn aus Leipzig, Kuhn aus Paris, Köhler und Schorn aus Berlin, Rentierin Fräul. Willeman aus Niddach, die Nittergutsbesitzer Jffland aus Konarszewo und Grafmann aus Kurnik.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Smigocki aus Bromberg und v. Jonowski aus Kempen, Lieutenant v. Habenfeld aus Colberg, Geh. Rath und Professor v. Derben aus Dresden, Kaufmann Haas aus Wittenberge.

HOTEL DU NORD. Gutsbesitzer Dehmel aus Mlodasko, Kaufmann Lachmann, Fabrich Graf Dabski und Tänzerin Fräul. Schwarz aus Breslau.

OEGMIS'S HOTEL DE FRANCE. Frau Landchaftsräthin v. Karczewska aus Lubze, die Nittergutsbesitzer Frau v. Buchowska aus Koninko, v. Roznowski aus Arcanow, v. Wedell und Rittmeister a. D. v. Wedell aus Brody, Defan Pawlowski aus Ceradz, Kreisrichter Wanske aus Meseritz.

MYLIUS'S HOTEL DE DRESDE. Rechtsanwält Brier aus Kosen, die Kaufleute Brecht aus Magdeburg, Best aus Frankfurt a. M., Jacob, Wiener, Kleinecke, Bohner, Friedensohn, Jacobowicz und Fuchs aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Nittergutsbesitzer v. Budziszewski aus Czachorowo und Frau Szwantowska aus Brudzewo, die Gutsbesitzer Frau Dumanska und Frau Boninska aus Koscuzyn, Seefeld aus Neu-vorwerk, Scheller aus Maniewo, Belasco aus Rowanowo und Lauterbach aus Lutzow, Kantor Schulz aus Obornik, Fabrikant Kaiser aus Auerbachshütte, Landwirth Dauer aus Wyczyn, die Kaufleute Kuger aus Schrimm, Leipziger aus Auerbachshütte und Witkowski aus Strzelno.

SCHWARZER ADLER. Rentier Mikulski aus Lissa, Lehrer Klause aus Chomiza, Gutsbesitzer Skrowski aus Slupia, die Nittergutsbesitzer Behr aus Tarnowo, v. Pulawicz aus Koscielna, Jancin aus Borowo und v. Rafzowski aus Cichowo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Potulicki aus Gr. Jezioro, Graf Karlicki aus Koblinitz, Graf Boninski aus Wreschen, v. Mofzjenski aus Wiatrowo, v. Weyerski aus Podgrycz, v. Roschjenski aus Wolen, v. Malczewski aus Kruchowo und Frau v. Kefowska aus Koscuzyn.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Kierski nebst Frau aus Polazewo, Frau Budziszewski aus Kierzy, v. Walsleben aus Dombrowo, v. Dalesjinski aus Domaslafel und v. Malczewski aus Swinarn, Gutsverwalter Miaslowski aus Wreschen, Agronom Siemiatowski aus Miodasko.

EICHENBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Frenkel und Reichert aus Kolo, Alexander aus Newyork und Alexander aus Wreschen, Stabsarzt Dr. Rawitz aus Glogau, Tischlermeister Byron aus Gnesen.

DREI LILIE. Gutsbesitzer Nebring aus Nebringswalde, die Kaufl. Knoll aus Gräg und Bach aus Rawicz.

EICHENER BORN. Schuhmachermeister Seidemann und Kürschnermeister Sander aus Kella, Bäckermeister Lichtenstein aus Klesko, Kaufm. Kunz aus Schrimm.

GOLDENER ADLER. Die Bürger Zantowski und Bieczynski, die Kaufleute Mendel und Gebrüder Kauban aus Schroda, Goldner aus Neustadt, Lubinski, Biberfeld und Eohn aus Wreschen, Britin aus Kions, Gluckmann und Grinfeld aus Kleszewo.

(Beilage.)

Handelsregister.

Die Kaufmannsrau Lina Werner geborne Schack zu Posen hat ihre Firma **L. Werner** angemeldet und ist dieselbe in unser Firmen-Register unter Nr. 692 heute eingetragen worden. Posen, den 30. Dezember 1863.

Königliches Kreisgericht.**I. Abtheilung.****Polizeiliches.**

Am 2. d. M. auf der Straße gestohlen: ein braunschwarzer Wallach, 10 Jahre alt, nebst einer Trense und einem Sattel von gedrehtem Leder.

Nachlaß-Auktion.

Donnerstag den 7. Januar c.
Vormittags von 10 Uhr ab werde ich in der **Kastellanswohnung im Schauspielhaus** hier

Birken- u. Möbel u.
als: einen antiken eisernen Schreibsekretair, Sophas, Kleiderstühle, Speisezimmer, Kommode, Bettstellen, Tische, Stühle und diverse Wirtschaftsgüter, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Zobel, Auktionskommissarius.

Berlinerstraße 27/6 ist zu verkaufen.

C. A. Seidenmann.

Ein in Stenzewo, Kreis Posen, an der Chaussee gelegenes **Grundstück**, Garten und Land, ist Familienverhältnisse halber sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Zu erfragen in Stenzewo bei der Wittwe **A. Marquard.**

Das an der Breslauer Chaussee belegene **Establishment Mollatschhausen** ist sofort zu verkaufen oder aber von **Ostern d. J.** zu verpachten. Die Kauf- resp. Pachtbedingungen sind allein bei der Eigenthümerin, **St. Martin Nr. 34**, im ersten Stock, zu erfragen.

Eine **Wirtschaft von 200 Morgen**, in gutem, größtentheils Weizenboden und sehr schönen Wiesen und Dorstfeld ist unter sehr vorteilhaften Bedingungen mit Inventar zu kaufen. Näheres darüber beim Herrn Kaufmann **Louis Citron** in Arzemeszno.

Der 54. Jahrgang unserer **Verzeichnisse** über alle bekannten bewährtesten älteren und auszeichnendsten neuen

Blumen-, Gemüse-, Feld-, Holz- und Walz-Sämereien, Pflanzen, Fruchtsträucher, Rosen, Georginen, Fuchsen, Delargonien, Petunien, Verbenen, Blumenzwiebeln, Knollen u. c.

ist soeben erschienen, und steht auf Frankfurterlangen **franco und gratis** zu Diensten.

Erfurt im Januar 1864.

C. Platz & Sohn.

Saamen- und Pflanzenhandlung.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Preußen.



In hiesiger, durch Gesundheit und hohen Wohlstand sich auszeichnenden **Selektoral-Regent-Stamm-Schäferei** stehen: **120 zur Zucht sehr brauchbare Mutterkühe**, welche nach der Schur abgegeben, und auf Wunsch des Käufers, jetzt von hiesigen edlen Böden gedeckt werden können, zum Verkauf. — Ebenso sind nach der Schur **120 Stück** als Wollträger zu empfehlende **Schöpfe** abzulaufen.

Dom. Nieder-Heyersdorf bei Schlichtingsheim.
(Eisenbahnstation Frankfurt.)



Der **Bockverkauf** aus meiner **Stamm-Schäferei** hat nunmehr begonnen.

Chareie bei Bahnhof Wronke,

den 3. Januar 1864.

v. Sander.

Schafverkauf.

Das **Dom. Bachorzewo** bei Jarocin hat 50 St. zur Zucht taugliche Mutterkühe, 2-4 Jahre alt, zu verkaufen. Selbstige sind zugelaufen und nach der Schur mit den Lämmern abzugeben.

In **Nauenstein** bei Neek M.M., Bahnhof Arnswalde M.M., stehen **150 Zuchtschafe** zum Verkauf, welche nach der Schur bis Juni 1864 abgeliefert werden sollen.

Nauenstein, den 30. Dezember 1863.

v. Germar.

Getreide- und Mehl-Säcke, Sackdrillische in allen Breiten, Pferde- und Schlafdecken, empfiehlt

Robert Schmidt

vorm. Anton Schmidt,

Markt Nr. 63.

Ein fast neuer **Flügel** steht zum Verkauf kleine Gerberstraße Nr. 9, Parterre.

Spielfarten-Fabrik von L. Heidborn in Stralsund.

Eingefandt. Aus einem Gutachten in der Schlesischen Zeitung. Daß die Spielfarten-Fabrik von L. Heidborn in Stralsund bei so großem Betriebe doch alljährlich an Umfang wächst, und noch in diesem Jahre Neubauten zur Erweiterung der Fabrikation vornehmen mußte, beweist, daß das Publikum das Fabrikat von L. Heidborn in Stralsund allen anderen Spielfarten vorzieht. — Die Vorzüge der Spielfarten von L. Heidborn in Stralsund bestehen nicht allein in der feinen äußeren Ausgestaltung, sondern vielmehr darin, daß sie, neben ihrer Feinheit und großen Festigkeit, beim Spielen nicht aufblättern und nicht rauh werden, was auf den zur Feinung und Politur angewendeten technischen Mitteln beruht, deren Zusammenfassung bekanntlich ein Fabrikgeheimniß von L. Heidborn in Stralsund ist u. s. w.

2000 Pack	Paraffinkerzen	pro Pack 7 Sgr.
2000	Stearinkerzen I.	7
2000	do. II.	6 1/4
2000	do. III.	5 1/2

Bei 25 Pack 1 Pack Rabatt.

Louis Pulvermacher,

Breitestraße 12.

Ein **Gasofen** ist billig zu verkaufen bei **J. Caspari.**

Hautpomade.

Meine Hautpomade gegen Frost und spröde Haut, welche in einer Nacht den Frost auszieht und heilt, empfehle ich in Kreuten & 5 und 10 Sgr.

Depot bei **Isidor Appel**, neben d. k. Bank.

Stearinlichte, schwere Packung, 5 1/4 Sgr., hell und klar brennend, a 5 1/4 Sgr., pro Pack, offerirt

J. Blumenthal, Krämerstraße 15, vis-à-vis der neuen Brothalle.

Brennholz.

Eisen- und Birkenholz wird klasterweise in **Gadki** bei Kur- u. billig verkauft.

Frisch geschossene **Hasen und Rehe** soeben eingetroffen bei

J. Boks, Sapiechaplaz 6.

Auch werden daselbst **Rehe** zertheilt.

Täglich frische **Austern** bei **Carl Schlipmann Nachf.**

Cis ist in der Kernwerksmühle zu verkaufen; auch kann solches angefahren werden.

Lotterie-Loose 1. Kl. verkauft u. versendet reell am billigsten nebst Erneuerung ohne Kosten

Beithe, Jüdenstr. 30, Berlin.

Billigste, reellste, Lotterie-Loose, verendet im Original

Sutor, Klosterstr. 37 in Berlin.

prompteste Bedienung.

Lotterie-Loose Viertel und Anttheile billig zu haben in Berlin bei

Alb. Hartmann, Landsbergerstr. 86.

Ein Zimmer mit oder ohne Möbel ist zu vermieten Bäckersstr. im Odeum. (1. Stock.)

Berlinerstr. 15a. ist vom 1. Januar ab ein Pferdestall, eine Remise, so wie ein Zimmer in der 3. Etage zu vermieten.

Im zweiten Stock ist eine möbl. Stube sofort zu vermieten Sapiecha-Plaz 6.

Eine möbl. Stube zu verm. Bergstraße 6.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinett ist Kanonenplatz Nr. 10 zu vermieten. Näheres im Laden.

Die Räumlichkeiten, worin seit einigen 30 Jahren mit Erfolg das Konditoreigebäude betrieben worden ist, sind zu vermieten. Näheres Breitestraße 17 bei **C. F. Saenide.**

Bäckerstr. 11a. eine Treppe sind möbl. Zimmer zu verm.

Kl. Gerberstr. 2 ist eine möbl. Stube zu verm.

Zwei Wirthschafts-Inspetoren, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, militärfrei und noch unverheirathet, wünschen zu Neujahr 1864 ein anderweitiges Unterkommen. Näheres Auskunft ertheilt

O. A. Dullin.

Für ein **Colonial-Delicatessen-Geschäft** wird sofort ein Commis verlangt. Näheres bei

A. S. Lehr, Gr. Gerberstraße 40.

Eine geübte Stickerin und eine geübte Weisnähterin finden dauernde Beschäftigung bei Frau Lehrer **Heinze**, Schifferstr. 21.

Ein **Feldmesser-Gehülfe**, tüchtig in seinem Fach, sucht Beschäftigung. Das Nähere in der Exped. d. Btg.

Ein **Sohn rechtlicher Eltern**, welcher Bäcker werden will, kann sofort eintreten bei **R. Wisnack**, Bäckermeister, St. Martin Nr. 63.

Ein unverh. deutscher Wirthschaftsbeamter, 32 Jahre alt, militärfrei und mit guten Empfehlungen versehen, sucht wegen eingetretenerm Güterverkauf bald oder Oftern neue Stellung. Gef. Offerten unter der Adresse **A. B.** überreicht zur Weiterbeförderung die Exped. d. Zeitung.

Ein verheiratheter Stellmacher sucht von Neujahr oder 1. April eine Stelle als **Hofstelmacher** auf einem Dominium.

Näheres zu erfahren in **Posen** Halldorfstr. Nr. 19 bei **Münzel.**

Ein im Polizeifache geübter **Bureauhülfe** sucht zum 1. Februar c. eine Stelle. Das Nähere ertheilt die Exped. d. Bts.

Einen jungen Mann mosaischen Glaubens, der mit der Correspondenz vertraut ist, sucht die Eisenhandlung von **H. Lesser, Schwerfenz.**

Ein junger Mann, mit guten Zeugnissen versehen, der mehrere Jahre in einem bedeutenden Holz- und Steingehäft als Komptorist thätig war, sucht sobald eine ähnliche Stellung. Adresse bitte unter **L. M.** bei der Expedition d. Btg. abzugeben.

Ein in allen Zweigen der Landwirtschaft, so wie im Brennereifach erfahrener deutscher Wirthschaftsbeamter, welcher seit mehreren Jahren einige Güter in hiesiger Provinz zum Theil selbstständig und zur größten Zufriedenheit seiner Herren Principale bewirtschaftet hat, wöhrer denselben die besten Empfehlungen zur Seite stehen, sucht, nachdem er in Folge Güterverkaufs seine bisherige Stellung aufzugeben veranlaßt war, einen Beamtenposten, wösmöglich Tantiemenstellung. Ein Näheres wird auf geneigte Anfragen Herr Kreisgerichts-Sekretär **Edert, Posen, II. Gerberstraße Nr. 2** anzugeben die Güte haben.

Eine Frau bittet um Aufwärtsstellen. Zu erfragen Wronkerstr. 21 beim Schuhm. **Heintze.**

M. G. I. A. 7. J. I.

Beamten-Spar- und Hülfskasse.

Freitag den 8. d. M.

im kleinen Saale des Odeums

General-Versammlung.

Tagesordnung: Entscheidung über die Rechnungs-Notizen und Descharge.

Wahl eines Vorstandsmitgliedes.

Rechnenschaftsbericht.

Der Vorstand.

Blaefing, Mulert, Klocbke, Bernhardt.

Busse, Anthenried.

Durch alle Buchhandlungen und Buchbinder ist zu haben:

Der Bote für Schlesien und Posen.**Volkskalender für alle Stände auf das Jahr 1864.**

Preis gebestet 11 Sgr., mit Papier durchschossen 12 Sgr.

Dieser seit 30 Jahren erscheinende Volkskalender zeichnet sich besonders durch seinen gezeigten volksthümlichen und belehrenden Inhalt aus; er hat sich nach und nach in Stadt und Land 32,000 Abnehmer erworben, und die Zahl steigt jedes Jahr, jedenfalls der beste Beweis für seine Brauchbarkeit.

Derselbe enthält inkl. Kalender und Jahrmärkte 15 Bogen Text und 8 Abbildungen zu den Erzählungen.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Therese** mit dem Kaufmann **Siegward Mendelsohn** aus Stargard zeige ich hiermit Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung an. Breschen, den 5. Januar 1864.

Wittwe **Auguste Ponsch.**

Als Verlobte empfehlen sich:

Therese Ponsch,

Siegward Mendelsohn,

Breschen.

Die Verlobung unserer Tochter **Jenny** mit dem Kaufmann Herrn **Siegfried Kantowicz** zeigen wir hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst an.

Posen, den 4. Januar 1863.

Salomon Briske und Frau.

Gestern Abend entschloß, versehen mit den h. Sacramenten, nach langen Leiden unsere liebe **Antonie** sanft in dem Herrn. Lieben Freunden widmet diese Anzeige ergebenst

A. Rück, Seminarlehrer.

Beerdigung: Donnerstag Vormittag 9 Uhr.

Posen, den 5. Januar 1864.

Am 3. Januar cr. wurde meine liebe Frau von einem gesunden Knaben entbunden.

Schwerfenz.

Carl Wiehle.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, die verwitwete Prediger **Catharina Frost**, geb. **Heyde**, am 2. Jan. früh 10 Uhr nach einem kurzen und leichten Krankenlager in ihrem 84. Lebensjahre zu sich zu berufen. Die Beerdigung findet zu Posen am 7. Jan. Nachmittags 3 Uhr vom Gewölbe des ev. Kirchhofes aus statt. Dies zeigen Freunden und Bekannten tief betriibt an

Frankfurt, d. 3. Jan. 1864.

die Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Todesfälle. Herr Rechtsamwalt und Notar **Wiedemann** in Neustadt, Frau **Steuerrath F. Hedemann** in Berlin.

Lamberts Salon.

Mittwoch um 7 Uhr: **Salon-Konzert.**

Dv. Meeresstille. Cavat. Dimorah. Andante.

Haydn. Nachruf an Weber. G-moll Sinf. von Mozart.

5 Billets für 15 Sgr. sind bei Herrn **Bote & Bock** und an der Kasse zu haben.

Radeck.

Stadttheater in Posen.

Dienstag: **Romeo und Julia**, oder: **Die Montecchi und Capuleti.** Große tragische Oper in 3 Akten von Bellini.

Mittwoch, zum letzten Male in der Saison: **Bruder Liederlich.** Große Posse in 3 Akten von C. Bohl. Musik von Conradi.

In Vorbereitung: **Moderne Bagabunden.** Große Posse. (Mit neuen Dekorationen und Kostümen.) — **Der Wasserträger.** Große Oper von Cherubini.

Im Stern'schen Saale Casino.

Sonnabend, d. 16. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:

I. Sinfonie-Soiree.

Haydn, Sinfonie D-dur. Musik zu Esquout, Beethoven.

Numerierte Sitzpläge zu den drei Soiréen 1 Thlr., nichtnumerirte Billets 3 Stück 1 Thlr. sind von heute ab in der Hof-Musikhandlung von **Bote & Bock** zu haben.

Kassenpreis 15 Sgr.

Die folgenden Soiréen finden am 30. Jan. und 13. Febr. (Sonnabends) statt.

Radeck.

